Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 283.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonntag, 23. April

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Mai und Juni werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mark 61 Pf., sowie von sämmtlichen Distributeuren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Aus dem Bericht der XIV. Kommission des Abgeordnetenhauses

über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates haben wir in unserer Donnerstag-Hauptnummer den Eingang mitgetheilt, wonach die Polen für jede Nationalität das Grundrecht forderten, daß alle Sprachen im amtlichen Verkehr die gleiche Geltung haben sollen. Der diesem Prinzip beigegebenen Argumentation wurde von Seiten der Regierung und aus der Mitte der Kommission entgegengehalten, daß sie den Begriff der Volkssprache mit dem der Staatssprache vermische. Der Bericht sagt wörtlich:

Nicht um die Volkssprache, das heißt diejenige Sprache, deren sich die zusammenlebenden Menschen in der Familie, im örtlichen und landschaftlichen Verkehre bedienen, sondern lediglich um die Staatssprache handle es sich bei dem vorliegenden Entwurfe, das heißt um diejenige Sprache, welcher bei dem Zusammentreffen mehrerer Volkssprachen für die Wahrnehmung gemeinsamer Angelegenheiten die entscheidende Geltung zuerkannt werden soll.

Da die Staatsgrenzen sich mit den Grenzen der Nationalitäten nicht decken, so müßte nothwendig eine Kollision zwischen den verschiedenen Volkssprachen eintreten. Aus dem Prinzip der Nationalität folge keineswegs, daß es in den Staatsangelegenheiten nicht eine bevorzugte Staatssprache geben dürfe; es sei daher der Gesetzgebung unbenommen, die Frage, welche der kollidirenden Volkssprachen zur Staatssprache zu erklären sei, nach dem Interesse des gesammten Staates zu entscheiden. Jeder Staat müsse diese Frage nach seinen individuellen Bedürfnissen regeln, und habe nur darauf zu achten, daß er die Grenze zwischen der Staatssprache und den Volkssprachen gerecht und billig ziehe. Wenn die Schweiz die deutsche mit der französischen Staatssprache verbindet und nach Bedürfniß auch die italienische respektirt, so sei dies in den Zahlenverhältnissen der Nationalitäten und in der föderativen Natur der Verfassung jenes Staates begründet. Preußen habe nach der politischen Aufgabe, welche ihm aus seiner geschichtlichen Entwickelung erwachsen sei, die Frage der Staatssprache im Sinne der Einheit des Staates zu entscheiden. Nur durch die politischen Verhältnisse gezwungen, habe dieser, seiner Entstehung und seinen Grundlagen nach nationaldeutsche Staat Gebietstheile mit anders redender Bevölkerung sich einverleibt. Wenn der Staat solchen Gebieten in früherer Zeit Sonderstellungen eingeräumt habe, so sei dies keineswegs in dem Sinne geschehen, daß diese Gebietstheile sich nur in einer Art von Realunion mit dem preußischen Staate befinden sollten. Die Provinzen Preußen und Posen seien insbesondere nur deshalb von der Zugehörigkeit zum deutschen Bunde ausgeschlossen geblieben, um den preußischen Staat als eine vom Bunde unabhängige Großmacht anzuerkennen. Mit der Begründung des deutschen Reiches sei aber die nationaldeutsche Natur des preußischen Staats wieder dergestalt in den Vordergrund getreten, daß auch die Sonderstellung in Bezug auf die Sprache, welche der Provinz Posen eingeräumt sei, und welche für Nord-Schleswig bestehe, nicht länger fortdauern dürfe. Auch die Mitbürger, welche eine andere als die deutsche Sprache reden, müßten sich überzeugen, daß sie Bürger eines deutschen Staates sind, und als solche die Verpflichtung hätten, sich Kenntniß von der deutschen Sprache neben ihrer Muttersprache zu verschaffen. Preußen sei es sich und dem deutschen Reiche schuldig, nicht Zustände fortdauern zu lassen, welche es gewissen Elementen der Bevölkerung nicht deutscher Zunge möglich machen, unter dem Vorwande, daß in einem Einzelfalle das Recht auf den Gebrauch der nicht deutschen Sprache als Geschäftssprache verletzt wäre, die des ruhigen und friedlichen Zusammenlebens mit ihren deutschen Mitbürgern bedürftigen Massen in Aufregung zu versetzen und darin zu erhalten.

Dem wurde von der anderen Seite entgegnet, daß die Abgeordneten polnischer Nationalität gegen die Einverleibung der ehemals polnischen Landestheile in den norddeutschen Bund und das deutsche Reich unter Niederlegung ihrer Mandate protestirt hätten.

Nur deshalb seien sie später wieder in den deutschen Reichstag eingetreten, weil sie den Reichstag als ein Tribunal betrachteten, vor welchem ihre Beschwerden zur Verhandlung kommen könnten. Bürger des preußischen Staates und des deutschen Reiches wollten die Polen wohl sein, sie wollten aber gleichzeitig Polen bleiben.

Im Uebrigen könnten diese politischen Motive den Nachweis eines praktischen Bedürfnisses zu dem beabsichtigten Einschreiten der Gesetzgebung nicht ersetzen. Es sei aus dem bisherigen Zustande keinerlei Nachtheil für den Staat entstanden.

Hierauf wurde erwidert, daß bereits in einer Resolution des Hauses der Abgeordneten vom 23. Mai 1861 (Stenographische Berichte, Band 3, Seite 1343) ausgesprochen sei, daß die bestehenden Vorschriften über den Gebrauch der deutschen und polnischen Sprache bei den Verhandlungen der Verwaltungsbehörden und bei der Justizverwaltung in der Provinz Posen einer Revision unterzogen werden müßten, und daß eine legislatorische Feststellung derselben herbeizuführen sei.

Dies Bedürfniß sei aber nicht nur für die Provinz Posen, vielmehr für alle Landestheile mit anders als deutsch redender Bevölkerung vorhanden, und besonders dringlich Angesichts der in Ausführung begriffenen großen Reformen in der Verwaltung der Provinzen und Kreise. Für die Verwaltungsbehörden fehle es zur Zeit überhaupt an gesetzlichen Vorschriften.

Der Bericht giebt sodann das Regulativ vom 14. April 1832 (v. Kamptz, Annalen pro 1832 S. 351) wieder, welches die (großen Theils jetzt nicht mehr zutreffenden) Vorschriften für die Provinz Posen enthält. Außerdem existiren nur noch in Schleswig Bestimmungen dieser Art, welche aber vielfach kontrovers sind. Für alle übrigen Distrikte, in denen fremdsprachige Bevölkerung wohne, fehle es in Bezug auf die Verwaltung gänzlich an Normen für den Gebrauch der Geschäftssprache. Die Abgeordneten polnischer Nationalität hätten früher selbst beansprucht, daß die Reskripte, Reglements und administrativen Erlasse, welche in der Provinz Posen die Sprachenfrage regeln, beseitigt werden sollten, und gerade in Folge dieses Verlangens (Drucksachen des Abgeordnetenhauses pro 1861 Nr. 208) sei die oben gedachte Resolution vom 23. Mai 1861 gefaßt worden.

Dann wendet sich der Bericht den Verhandlungen über die Geschäftssprache der Gerichte zu, indem er sagt:

Auch die Vorschriften über die Gerichtssprache seien im höchsten Maße der Reform bedürftig. Zunächst erscheine es mit dem jetzigen Zustande von Handel und Wandel nicht mehr vereinbar, daß andere Vorschriften bezüglich der Geschäftssprache für Posen, andere für die übrigen Provinzen gelten. Dann seien sie eben kasuistisch und in der Kasuistik ebenso unklar, wie die Vorschriften, welche bezüglich der Verwaltungsbehörden gelten. Weiterhin hätten auch die für die Provinz Posen geltenden, als Beilagen zum Entwurf abgedruckten Normen sich in der Ausführung nicht bewährt, da sowohl die deutsche als die polnische Bevölkerung darunter litten. Im Geltungsbereich der Verordnung vom 9. Februar 1817 dürfe, wie das Obertribunal am 19. Januar 1859 erkannt habe, (Striethorst, Archiv Bd. 32 S. 147) wenn deutsch geklagt ist, der Beklagte polnischen Vortrag nicht halten, mag er immerhin nur der polnischen Sprache mächtig sein. Dies verletze die Billigkeit ebenso, wie das in den Motiven des Entwurfs angezogene Beispiel, daß der in polnischer Sprache belangte Beklagte, wenn er auch in einer rein deutschen Provini wohnt, bei Vermeidung des Kontumazialverfahrens genöthigt wird, die Klage in polnischer Sprache zu beantworten. Die Grundsätze der Verordnung vom 9. Febr. 1817 seien auf die Voraussetzung gestützt, daß die Polen sich in angemessener Zahl dem Staatsdienste widmen würden. Diese Voraussetzung treffe aber schon seit sehr langer Zeit nicht zu. Nach einer Ueberschlags-Berechnung würden, wenn die Bevölkerung von den Vorschriften der Verordnung vom 9. Februar 1817 vollen Gebrauch machte, für die Prov. Posen 160 Richter erforderlich sein, welche der polnischen Sprache mächtig wären. Zur Zeit seien deren aber nur 69 vorhanden. Die Regierung könne sich in Bezug hierauf keiner Schuld zeihen, da neben Stipendien, welche für Deutsche ausgesetzt waren, um sie zur Erlernung der polnischen Sprache zu bewegen, auch 26 Jahre lang Stipendien an Referendare polnischer Abkunft gewährt worden seien. Von 37 Stipendiaten dieser Kategorie aber, welche in den Jahren 1850 bis 1867 ein jeder 3—4 Jahre lang bis zu 250 Thlr. bezogen hätten, seien 20 abgegangen, 7 in andere Provinzen übergetreten, und nur 10 seien in der Provinz Posen im Justizdienst geblieben. Unter 124 Referendaren, welche aus der Provinz Posen in 12 Jahren zum Staatsexamen präsentirt wurden, seien nur 34 polnischer Abkunft gewesen. Die Handhabung der Gesetze in Bezug auf die Gerichtssprache sei daher nur deshalb möglich geblieben, weil die Bevölkerung auf Protokolle und Entscheidungen in polnischer Sprache selbst kein Gewicht lege. Klagen in polnischer Sprache kämen im bromberger Bezirk überhaupt nur in Bagatellprozessen vor, und auch da hätte sich deren Zahl z. B. bei dem Gericht Inowrazlaw in dem Jahre 1871 nur noch auf 4 belaufen. Im Bezirke Posen müsse es als eine seltene Ausnahme bezeichnet werden, wenn ein vor dem Kollegialgericht geführter Prozeß in polnischer Sprache verhandelt würde, und auch die Zahl der vor dem Einzelrichter polnisch zu verhandelnden Prozesse sei eine ganz geringe. Ein sehr natürlicher Erklärungsgrund dafür sei unter Anderm in der Erfahrung zu finden, daß Juristen polnischer Nationalität nicht polnisch, sondern deutsch denken, weil die polnische Sprache für die scharfen Distinktionen der technischen Begriffe ihren Wortschatz nicht ausgebildet habe. Der seit 1849 in Geltung stehende Strafprozeß, welcher mit den Vorschriften des Entwurfs, was das Hauptverfahren anlangt, im vollen Einklange sich befindet, habe sich vollständig bewährt, die Uebertragung seiner Grundsätze auf den Zivilprozeß sei daher kein Wagniß, und würde daher im Wesentlichen nur den jetzt bereits faktisch bestehenden Zustand, daß der Prozeß in deutscher Sprache protokollirt und entschieden wird, gesetzlich sanktioniren.

Letzteres gelte in Bezug auf die Gerichtssprache auch für Nord-Schleswig.

Endlich rechtfertige sich auch deshalb, eine einheitliche gesetzliche Regelung der Geschäftssprache, weil es sich nicht um Gebietstheile handle, welche durch eine feste Sprachgrenze von einander geschieden seien, vielmehr um Provinzen, in denen die deutsche mit der andersredenden Bevölkerung dergestalt untermischt lebt, daß es nur verhältnißmäßig wenig kleinere Dörfer giebt, in denen lediglich fremdsprachige Bevölkerung wohnt.

Hierauf wird der zweite prinzipielle Einwand der polnischen Opposition abgehandelt. Der erste war, wie bekannt: das Naturrecht der Nationen, der zweite ebenso bekannte: die wiener Traktate und die polnischen Privilegien. Wir wollen unsere Leser mit der Wiederholung oft gehörter Gründe und Gegengründe nicht belästigen.

Endlich wird noch der Einwand behandelt, daß es inopportun sei, die Frage der Amtssprache gesetzlich zu regeln, während gleichzeitig im Reichstage dieselbe Frage, wenigstens in Bezug auf die Sprache, welche in Strafsachen und bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zur Anwendung zu bringen ist, gesetzlich geregelt werde. Dieser Einwand wird vornehmlich durch den Hinweis auf die Dringlichkeit der Sache und auf die Uebereinstimmung der Ansichten des Reichstages mit den Bestimmungen des Gesetzentwurfs widerlegt.

Den Schluß des allgemeinen Theils des Kommissionsberichtes bilden die von uns bereits mitgetheilten statistischen Angaben über die Größe der nichtdeutschen Nationalitäten in Preußen.

Deutschland.

△ **Berlin**, 21. April. Der Minister des Innern ist, wie wir gestern im Voraus meldeten, gestern Abend nach Wiesbaden abgereist und wird voraussichtlich schon morgen sich nach Caub begeben. Man hält es für wahrscheinlich, daß der Kaiser den von ihm beabsichtigten Ausflug nach Caub zur Besichtigung der Unglücksstätte gleichzeitig ausführen wird. — Schon seit Wochen ist davon die Rede, daß der Bundesamtspräsident Delbrück eine Reise nach England und Frankreich antreten wolle. Die Mittheilung ist wohl an sich richtig, jedoch ist es nicht wahrscheinlich, daß die Reise vor Erledigung mehrerer den Bundesrath noch beschäftigenden wichtigen Fragen zur Ausführung gelangen wird. — Bekanntlich ist von der Bergverwaltung angeordnet worden, daß eine Kommission bei Gelegenheit der Ausstellung in Philadelphia zugleich die Bergwerkseinrichtungen in Nordamerika zum Gegenstand eingehender Studien machen soll. Diese Kommission wird Ende der nächsten Woche ihre Reise antreten und soll sich nach der Ankunft in Philadelphia zunächst auf die verschiedenen Gebiete der Vereinigten Staaten gruppenweise vertheilen. — Dem englischen Handelsamt ist der Bericht über die im Jahre 1875 im Eisenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle erstattet worden. Danach sind nicht weniger als 1290 Personen getödtet und 5755 Personen verletzt worden. Leider ist in dem Auszug aus dem Bericht, welchen die „Times" enthält, der Prozentsatz zwischen der Zahl der Verunglückten und der im Ganzen beförderten Personen nicht angegeben, so daß eine zur näheren Beurtheilung der Verhältnisse dienende Vergleichung mit Deutschland oder Preußen nicht möglich ist. — Auf den preußischen Eisenbahnen waren im Jahre 1874 im Ganzen 518 Personen getödtet und 1215 verunglückt. Auf die Beförderung von je 63,226 Personen kam 1874 auf den preußischen Bahnen je 1 Unglücksfall, die den Beamten und Arbeitern im Eisenbahndienste zugestoßenen Unfälle mit eingerechnet. Die „Times" findet die Steigerung der Unfälle auf den großbritannischen Bahnen und die Gesammtzahl der Unglücksfälle „formidable" und sagt, daß sie den Eisenbahnverwaltungen eine schwere Verantwortlichkeit auferlegen.

⨯ **Berlin**, 21. April. Obwohl die Nachricht, daß der Reichskanzler die Uebertragung der Landesstempelsteuern auf das Reich einzuleiten beabsichtige, halboffiziösen Ursprungs ist, erlaube ich mir die Richtigkeit derselben gleichwohl zu bezweifeln. Eine solche Maßregel läßt sich nicht im Handumdrehen in das Werk setzen; sie ist in größerem Umfange vor Abschluß der Reichsjustizgesetzgebung schon deshalb unmöglich, weil die Stempelsteuern vielfach mit den Gerichtskosten in untrennbarem Zusammenhang stehen. Beispielsweise wird der Kaufstempel von Immobilien nur theilweise als Stempelsteuer verrechnet. Soweit Stempelsteuern die Natur einer Entschädigung für Akte der Justizpflege haben, können sie auch auf das Reich nicht übertragen werden, es sei denn, daß das Reich die gesammte Justizverwaltung mit übernähme. Andere Stempelsteuern befinden sich wiederum in unlöslichem Zusammenhang mit der inneren Verwaltung. Der Spielkartenstempel, welcher die Natur einer Verbrauchsabgabe hat, eignet sich allerdings zur Uebertragung auf das Reich. Er ist aber nach seinem Ertrage nicht gerade geeignet, besonderen reichsfiskalischen Appetit zu erregen. Die Erbschaftssteuer würde sich in Preußen allerdings von dem übrigen Staatshaushalt unschwer trennen lassen; sie besitzt aber innerlich einen gewissen Zusammenhang mit der Einkommensteuer. Inzwischen gedenkt der Bundesrath und Herr Delbrück Ferien zu machen. Die Zusammenberufung des Reichstages im Herbst muß so zeitig erfolgen, daß für vorbereitende Arbeiten dem Bundesrath alsdann nur sehr wenig Zeit übrig bleibt. Auch würde der Reichskanzler allseitiger Abneigung begegnen, wenn versucht werden sollte, dem Reichstage unmittelbar vor den Neuwahlen in einer Session, welche durch die Reichsjustizgesetze ohnehin vollauf beschäftigt sein wird, noch schwierige Vorlagen irgend einer Art zu machen, zu deren beschleunigter Erledigung durchaus keine Veranlassung vorhanden ist. Finanzielle Schwierigkeiten wird ja der Etat pro 1877 nicht bieten; eine künstliche Zurechtschiebung zu einer ungünstigen Bilanz läßt sich, einmal vereitelt auch nicht schon im nächstfolgenden Jahr wiederholen. Uebrigens muß auch bemerkt werden, daß selbst diejenigen Nationalliberalen, welche sich für Reichsstempelsteuern am meisten interessiren, doch stets ausdrücklich betont haben, daß erstens keine Mehrbelastung des Volkes im Ganzen damit verbunden sein darf, die Vermehrung der eigenen Reichseinnahmen also durch eine Verminderung der Matrikularbeiträge ausgeglichen werden muß, und daß zweitens diese Verminderung nicht so weit gehen darf, um das jährliche Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages abzuschwächen. Letzterer Gesichtspunkt zieht aber für sich allein einer Uebertragung von Stempelsteuern auf das Reich sehr enge Grenzen. — Ein lehrreiches Beispiel, was wir an Agitationen bei den nächsten Reichstagswahlen zu erwarten haben, bietet die Einleitung der Ersatzwahlen, welche im hirschberg-schönauer Wahlkreise für den verstorbenen Professor Tellkampf, der bekanntlich ein sehr gemäßigter Liberaler war, jetzt stattfindet. Die beiden Landräthe bieten das platte Land, die „ländlichen Interessen und die mit der Landwirthschaft verbundenen Gewerbe" gegen die Städte und Industrie auf. Der den Vorsitz führende Herr Landrath präsentirt seinen adligen Gutsbesitzer als Wahlkandidaten und erklärt die liberalen Parteien für abgewirthschaftet und an allen Krisen und Krachs für schuldig. Die Herren Landräthe würden derart nicht vorzugehen wagen, wenn sie ihren Rücken nach oben nicht für gedeckt hielten. — Eine vorübergehende Spannung zwischen Herrn Wagener — der sich über ungenügenden Schutz gegen die auf ihn gerichteten Angriffe beklagt haben soll — und zwischen dem Reichskanzler scheint gehoben, wenn sie überhaupt bestanden hat. Damit würden auch die in der „Eisenbahnztg." verlautbarten Drohungen des p. Wagener mit Enthüllungen als zurückgenommen anzusehen sein.

— Wie es heißt, ist in dem Ministerium der Medizinal-Angelegenheiten gegenwärtig der Entwurf einer neuen Medizinaltaxe fertig gestellt; vor der Vorlage an die gesetzgebenden Faktoren soll derselbe zunächst den ärztlichen Kreisen zu weiterer Meinungsäußerung

mitgetheilt werden. Wünschenswerth wäre es in der That, daß die seit bald sieben Jahren schwebende Angelegenheit endlich zum Abschlusse käme.

— Die Debatte über die Eisenbahnvorlage wird im Abgeordnetenhause, wie man hört, frühestens Mittwoch nächster Woche beginnen; möglichen Falls setzt Präsident v. Bennigsen den Entwurf erst auf die Tagesordnung des Donnerstags. Einzelne Fraktionsvorstände, z. B. der des Zentrums, haben bereits zu Vorbesprechungen des wichtigen Gegenstandes Einladungen ergehen lassen. Man nimmt nach wie vor an, Fürst Bismarck werde den Verhandlungen beiwohnen. — Das Herrenhaus hat seine Kommissionen tüchtig vorarbeiten lassen. So haben beispielsweise die Mitglieder der Kirchenverfassungs-Kommission in der Erwartung, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses den Vorschlägen seiner Kommission Folge geben werde, zu diesen Vorschlägen bereits Stellung genommen, wodurch sich die Herrenhauskommission in die Lage bringt, dem Plenum in sehr kurzer Frist Bericht erstatten zu können.

— In seiner Sitzung vom 18. März hat der Disziplinarhof, wie die „Germ." meldet, gegen den Landrath z. D. Frhrn. v. Schroetter auf Dienstentlassung erkannt, unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens. „Der Verlust des Titels und Pensionsanspruches ist nicht besonders ausgesprochen, weil, wie das Erkenntniß besagt, dieser Verlust eine gesetzliche Folge der Dienstentlassung ist. Das Urtheil gründet sich auf vier Aufsätze, welche der Angeschuldigte in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht hatte und in denen Beleidigungen des Fürsten Bismarck gefunden wurden. Bekanntlich hat Herr v. Schroetter wegen derselben Aufsätze schon den besten Theil des vergangenen Jahres im Gefängnisse am Plötzensee zugebracht. Zu der mündlichen Verhandlung war der Angeklagte nicht erschienen, da er dies für überflüssig hielt."

— Wie die „Kl. lith. Corr." meldet, habe der Kommandeur eines hier garnisonirenden Garde-Kavallerie-Regiments gelegentlich erklärt, daß er Juden die Aufnahme in sein Regiment entschieden verweigere, weil dieselben zu viel Geld ausgeben und dadurch zu Extravaganzen Veranlassung bieten. (?)

— Wie schon telegraphisch gemeldet, hat in der am 19. d. M. unter dem Vorsitze des Vizeadmirals, de la Ronciere le Noury, erfolgten Versammlung der pariser geographischen Gesellschaft die Ueberreichung der großen goldenen Medaille an den berühmten Afrikareisenden, Dr. Nachtigal, stattgefunden. „Unser Landsmann, schreibt man der „N.-Z.", wurde von den zahlreich Anwesenden warm begrüßt und seine Dankrede lebhaft applaudirt, in welcher er am Schlusse die Hoffnung aussprach, daß eine Zeit kommen möchte, wo die Nationen nur noch für die Fortschritte der Wissenschaften und im Interesse der großen humanitären Ideen mit einander wetteifern."

— Die „Germ." schreibt: „Vom Molkenmarkt her ward uns die Kunde, daß die Anklage auf Majestätsbeleidigung, wegen welcher unser bisheriger verantwortlicher Redakteur verhaftet wurde, auf den Artikel in unserer letzten Sonnabendnummer sich gründe; in demselben war bekanntlich auf die Gefahren hingewiesen, welche nach unserer Ueberzeugung der preußischen Dynastie drohen, falls die Gesetzgebung nicht der sozialen Frage sich annimmt. Der Staatsanwalt scheint mit der „Prov.-Corr." der Ansicht zu sein, daß das „freche revolutionäre Drohungen" seien."

— Ultramontane Blätter veröffentlichen einen von dem verstorbenen Abgeordneten v. Mallinckrodt im Jahre 1869 geschriebenen Brief, in welchem sich derselbe als katholischen Konservativen bekennt, sich auf's Entschiedenste gegen den demokratischen Standpunkt erklärt und als beste Grundlage der staatlichen Ordnung den ständischen Gedanken bezeichnet. Merkwürdigerweise hat jedoch diese politische Anschauung Herrn v. Mallinckrodt nicht gehindert, im Herbst 1873 mit großer Energie für jenen Antrag der Zentrums-Fraktion einzutreten, welcher in Preußen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einführen wollte. Ein besserer Beweis, daß es sich bei diesem Antrage lediglich um einen taktischen Kunstgriff handelte, ist kaum denkbar.

— In der sächsischen zweiten Kammer ist von nationalliberaler Seite der Antrag eingebracht, daß Verwaltungsbeamte im unmittelbaren Staatsdienste in Wahlkreisen, welche ganz oder theilweise zu ihrem Amtsbezirk gehören, nicht sollen gewählt werden können. Die „N. L. C." bemerkt dazu:

„Die Frage der Wählbarkeit der Beamten zur Volksvertretung ist bekanntlich eine in der konstitutionellen Theorie vielfach umstrittene. Es hat nicht an solchen gefehlt, welche die Ausschließung sämmtlicher unmittelbarer Staatsbeamten von der Wahlfähigkeit verlangten; Andere begnügten sich mit der Ausschließung der Verwaltungsbeamten, wogegen die richterlichen Beamten als wählbar anerkannt wurden. Als Kuriosum ist dem gegenüber zu erwähnen, daß im Zentralausschuß der ersten preußischen Kammer von 1848 der Antrag auf Ausschließung grade der Richter von der Wählbarkeit gestellt wurde. In Wirklichkeit ist übrigens in der preußischen Verfassung, wie bekannt, die Wahlfähigkeit der Beamten in keiner Weise beschränkt. Dagegen hat z. B. das englische Verfassungsrecht eine sehr weitgehende Ausschließung des Beamtenthums von der Wählbarkeit. Der jetzt im sächsischen Landtage eingebrachte Antrag ist nun freilich von einer Entziehung der Wählbarkeit gegenüber den Verwaltungsbeamten weit entfernt; andererseits aber fällt er doch nicht in das Gebiet der sogen. Inkompatibilitäten, welche die Wählbarkeit eo ipso ausschließen sollten. Die Inkompatibilität hat zur Voraussetzung, daß den Beamten durch sein Amt Pflichten auferlegt werden, durch deren Erfüllung er mit seinen Pflichten als Volksvertreter nothwenig oder wenigstens wahrscheinlich in Kollision gerathen würde. Eine Kollision zwischen den Pflichten des Volksvertreters und denjenigen des Verwaltungsbeamten überhaupt ist denkbar, aber in gewöhnlichen Zeitläuften nicht wahrscheinlich und auf keinen Fall nothwendig. Am wenigsten aber würde sich begreifen lassen, daß der Charakter als Verwaltungsbeamter es schlechthin und an und für sich als unzuläßig erscheinen ließe, daß der betreffende Beamte den von ihm verwalteten Bezirk im Parlament vertrete. Es handelt sich hier also nicht um eine Frage klar zu Tage liegender Inkompatibilität, sondern um eine politische Zweckmäßigkeitsfrage. Von diesem Standpunkte aus scheint uns aber der in der sächsischen Kammer gestellte Antrag auch vollkommen genügend motivirt. Die Art und Weise, wie nur zu häufig die Amtshauptleute u. dergl. in ihren Amtsbezirken ihre parlamentarische Kandidatur betreiben oder betreiben lassen, muß das öffentliche Rechtsgefühl auf's Schwerste gefährden. Es ist sicherlich nicht zu weit gegangen, wenn diesen Gefahren durch Ausschließung der Verwaltungsbeamten von der Wählbarkeit in ihren Amtsbezirken vorgebeugt wird. Uebrigens enthält eine derartige Maßregel keineswegs etwas in Deutschland Unerhörtes, vielmehr bestimmen bereits die badische und württembergische Verfassungsurkunde, daß Beamte und Kirchendiener innerhalb ihres Amtsbezirks nicht gewählt werden dürfen. Man kann auf das Schicksal des Antrages in der sächsischen Kammer umsomehr gespannt sein, als eine ähnliche Einrichtung auch für andere deutsche Staaten sehr empfehlenswerth sein dürfte."

Hannover, 19. April. In der heute abgehaltenen Sitzung des nationalliberalen Vereins hielt der Landesdirektor Herr v. Bennigsen einen Vortrag, über den die „M. Z." wie folgt berichtet:

Von lebhafter Akklamation begrüßt, sprach derselbe zunächst seine Freude über die heutige Versammlung aus und verbreitete sich dann in einem längeren sehr lichtvollen Vortrage über die neuere preußische Gesetzgebung auf dem Verwaltungsgebiete. Was jetzt für einen größeren Staat zum allergrößten Theile bereits Gesetz geworden, das habe man bereits früher schon vor 1866 seitens der liberalen Partei in kleineren Verhältnissen für Hannover zu erstreben versucht. Dann berührte der Redner kurz die Ereignisse von 1866, von seiner Partei sei dieser Ausgang nicht beabsichtigt, auch nicht vorhergesehen. Als Hannover nun eine Provinz des preußischen Staates geworden, sei an die Regierung die Frage herangetreten, welche Stellung sie zu den neuen Provinzen einzunehmen habe, ob es möglich sei, dieselben dem preußischen Regierungssysteme ohne Weiteres anzufügen. Die konservative Partei war dafür, daß die neuen Provinzen eben so zu regieren seien wie die alten. Zum Glück für die neuen Provinzen gab es in der Regierung noch eine andere Strömung, die hauptsächlich der Ministerpräsident v. Bismarck vertrat, wonach den neuen Provinzen gegenüber ein anderes Verfahren eingeschlagen werden sollte. Zugleich wollte man diese Strömung auch benutzen, um ein größeres Maß von Dezentralisation zu erhalten. Noch ehe die preußische Verfassung in Hannover eingeführt war, gelang es, die Uebertragung der altpreußischen Einrichtungen auf Hannover zu verhindern. Darauf ging der Redner näher auf die Geschichte des Dotationsgesetzes ein, für das hauptsächlich der Graf Bismarck eintrat. Die konservative Partei suchte dasselbe zu verhindern. In einer stürmischen Sitzung trat Bismarck den Konservativen entgegen, indem er ihnen erklärte, daß sie Alles, was sie wären, nur ihm verdankten. Sie hätten früher nur 11 Stimmen besessen; wendeten sie sich von der Regierung ab, so würden sie wiederum auf diese kleine Zahl herabsinken. Diese Vorhersage ist eingetroffen: die altkonservative Partei zählt gegenwärtig nur fünf Mitglieder. Von da an datirt die Verbindung der liberalen Partei mit der Regierung. Beide verständigten sich über eine organisch geordnete Gesetzgebung auf dem Gebiete des Innern, und die liberale Partei unterstützte am Entschiedensten die nationale Politik Bismarck's. Das Dotationsgesetz für Hannover ist gewissermaßen der Ausgangspunkt dieser Reformbestrebungen. Redner ging dann auf die Provinzialordnung für die alten Provinzen näher ein. Er faßte sein Urtheil über diese gesammte Gesetzgebung dahin zusammen, daß, wenn es gelingt, diese Reformen durchzuführen, dies ein Werk sei, dem die ganze moderne Geschichte kein zweites an die Seite zu setzen habe. Wie segensreich diese Einrichtungen wirkten, wurde dann beispielsweise an Hannover gezeigt. Der ganze Umfang der Geschäfte des Landesdirektoriums und des Provinziallandtages wurde genauer angegeben, und als Frucht der neuen Einrichtungen z. B. angeführt, daß seit dem 1. Januar 1869 200 Meilen Chausseen gebaut seien, halbmal so viel als Hannover früher im Ganzen besessen habe. Eine fernere günstige Wirkung dieser neuen Einrichtungen sei, daß die politischen Parteien auf diesem Gebiete provinzialer Interessen einträchtig mit einander arbeiteten. Seit dem zweiten Jahre seines Zusammentretens sei im Provinziallandtage keine Politik mehr getrieben. Aehnliche Erscheinungen boten auch die östlichen Provinzen bei den Wahlen zu den Kreisausschüssen u. s. w., eine konservative Majorität habe ein liberales Mitglied, und umgekehrt eine liberale Majorität ein konservatives gewählt. Allerdings habe diese Fülle von nothwendigen Reformen in Vielen ein gewisses Unbehagen erzeugt, aber dieser Zustand sei nur ein vorübergehender, in sechs bis acht Jahren sei dieses Uebergangsstadium überwunden. Dann wurde kurz der kirchliche Konflikt berührt. In der Hauptsache, lautete die Meinung Bennigsen's, sei derselbe, wenn er sich auch noch einige Jahre hinziehen sollte, überwunden; der Sieg bleibt dem Staate, daran kann Niemand mehr zweifeln. Die Ultramontanen würden, wenn sie die Wahrheit sagen dürften, gleichfalls erklären: Das große Spiel, das die römische Kurie in Deutschland gewagt hat, ist verloren. (Lebhafter Beifall.) Dann wurde die noch immer herrschende Kalamität auf gewerblichem Gebiete besprochen und der Vorwurf zurückgewiesen, als ob die Zollgesetzgebung dieselbe veranlaßt habe. Staaten mit ganz verschiedenem Zollsystem litten daran eben so sehr als der unsere. Am Schlusse seines interessanten, von Anfang bis zu Ende gleich fesselnden Vortrages gedachte Bennigsen der großen Verdienste des ehemaligen Bürgermeisters von Osnabrück, Stüve, die dieser sich als Minister des Innern in den Jahren 1848—49 um die Reform der Verwaltung im ehemaligen Königreiche erworben. Mit der Aufforderung an alle Parteigenossen, ihre Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, mit dem Gedanken, daß nur durch Hingabe des Einzelnen an die Gemeinde und den Staat ein Land stark und mächtig und nur so ein Träger der Kultur werde, schloß unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung Herr v. Bennigsen seinen Vortrag.

Oesterreich.

Wien, 19. April. Gestern ist das Urtheil gegen den Lieutenant Ertl in der s. Z. so Aufsehen erregenden Affaire des für 8000 Rubel geschlossenen Verkaufs von Festungsplänen an den russischen Militär-Attache Oberst Molostwoff publizirt worden. Es ist datirt vom 14. d. und erkennt, daß Hippolyt Ertl, Freiherr von Krehlau, aus Leoben gebürtig, 23 Jahre alt, katholisch, ledig, derzeit k. k. Lieutenant des 12. Feldjäger-Bataillons, des Verbrechens der Ausspähung nach den §§ 324 und 325 des Militär-Strafgesetzbuches, sowie des Vergehens wider die Zucht und Ordnung durch leichtsinniges Schuldenmachen nach dem § 269 lit. h. schuldig sei und deshalb nebst Kassation der Offizierscharge und Verlust des Adels für seine Person zu zehnjährigem, mit einmaligem Fasten in jedem Monate verschärften Kerker bestraft werde. Es hat also das höchste zuläßige Strafmaß Anwendung gefunden; auf eine „Ausspähung" in Kriegszeiten, auch wenn es beim bloßen Versuche geblieben ist, setzt das M. St. B. die Todesstrafe. — Wie aus Krakau berichtet wird, ist das Gnadengesuch des in der bekannten Fluch- und Bann-Affaire verurtheilten neu-sandecer Kreis-Rabbiners Aaron Halberstamm abweislich beschieden worden. Der Vater desselben, gleichsam kein sogenannter Wunder-Rabbi, ist heute im Alter von 84 Jahren gestorben.

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. April. Die Kaiserin, die bekanntlich Protektorin der Gesellschaft zur Pflege verwundeter und kranker Krieger ist, hat alle Personen des russischen Sanitätspersonals in Montenegro in Veranlassung des Osterfestes zu beglückwünschen und denselben zu übermitteln befohlen, daß sie zu dem Allerhöchsten betet, er möge ihnen die Kraft verleihen zur Ertragung jener Mühen und Entbehrungen, welche mit dem von ihnen übernommenen Auftrage verbunden sind. — Ueber die Enthüllungen des „Mémorial diplomatique" machen einige russische Tagesblätter heute Bemerkungen. Die russische „St. P. Ztg." referirt den Inhalt der Aktenstücke und fügt hinzu, die Authentizität derselben sei in hohem Maße zweifelhaft, da die Verstöße gegen den gesunden Menschenverstand und die politische Logik zu groß seien. Sie schiebt die Fabrikation dieser neuesten Enthüllungen einer geheimen Partei in Wien zu, deren Hauptplan ist, den Grafen Andrassy und seine Politik zu stürzen. Der Zweck, die Absicht liegen allzu klar zu Tage: Andrassy soll in den Augen Rußlands kompromittirt und dadurch das russisch-österreichische Bündniß unmöglich gemacht werden, um später eine bisher noch mit undurchdringlichem Dunkel verhüllte Zukunftspolitik in Gang zu setzen. Aber selbst wenn man die Authentizität der Depeschen statuirt — was folgt aus ihnen? Andrassy konnte als ungarischer Ministerpräsident im Jahre 1870 denken und sagen, was er wollte, das kann ihn als österreichisch-ungarischen Minister im Jahre 1876 keineswegs binden. Gleich nach dem Amtsantritt Andrassy's hieß es, er werde eine Rußland feindliche Politik treiben und die Polen protegiren. Statt dessen haben sich die Verhältnisse zwischen Oesterreich und Rußland seither bedeutend gehoben und sogar einen freundschaftlichen Charakter angenommen und Andrassy hat die Polen nicht nur nicht entmuthigt, sondern ihre unrealisirbaren Hoffnungen endgültig vernichtet. Die russische Zeitung sieht zwischen den „Enthüllungen" und dem Artikel der „Neuen Fr. Pr." einen intimen Zusammenhang und glaubt in beiden die Hand des Grafen Beust zu entdecken, der über die Vorstufe des österreichisch-ungarischen Gesandtenpostens in Paris gar zu gern wieder Kanzler werden möchte. Dem Grafen Beust und seiner hinter seinem Rücken sich bergenden Partei wird es doch nicht gelingen, den Dreikaiserbund zu zerstören, der eine bessere Friedensgarantie ist, als alle phantastischen Kombinationen der Menschheitsbeglücker eigener Fabrikation.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die nächste Zeit wird einen weiteren diplomatischen Schritt der Kaisermächte zu verzeichnen haben; wie berichtet wird, soll demnächst durch den österreichischen Botschafter, Grafen Zichy, der Pforte eine Note über den Aufstand übergeben werden, deren Befürwortung Rußland und Deutschland übernahm. Ueber den Inhalt derselben sei zwischen den beiden ersteren Mächten ein Kompromiß vereinbart worden; im Wesentlichen erstrecke sich derselbe auf diejenigen Forderungen der Insurgenten, welche in den Verhandlungen zu Ragusa mit Baron Rodich aufgestellt wurden. Hoffentlich wird nun an Stelle der steten und so erfolglosen Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der Pforte ein etwas kürzerer Ton der Entschiedenheit treten, welcher jeden Zweifel an den Ernst der Mächte ausschließt.

Ein neuerdings eingetroffenes petersburger Telegramm der „Agence Russe" athmet schon eine etwas gereizte Stimmung gegen die Türkei; es lautet:

„Es ist nicht wahr, daß Rußland von der Pforte verlangt habe mit den Insurgenten in Unterhandlung zu treten, sondern auf die Anfrage, ob es fortfahren würde, den Insurgenten zur Niederlegung der Waffen zu rathen, hat Rußland geantwortet: Ja, aber nur, wenn die lokalen Behörden autorisirt wären, die Forderungen der Christen zu diskutiren und irgend welche Garantien zu bieten; doch habe die Pforte durch ihre schroffe Zurückweisung der Insurgenten und die Erklärung, daß das Programm Andrassy unausführbar sei, allein die Verantwortlichkeit für das vergossene Blut und Alles, was noch kommen sollte, zu tragen."

Aus Ragusa wird gemeldet, daß die dortige Gemeinde über Auftrag der Statthalterei eine Proklamation Ali Pascha's veröffentlicht, welche die Insurgenten und Flüchtlinge zur Heimkehr binnen 4 Wochen auffordert. Auf die Nachricht von den blutigen Kämpfen längs des Duga-Passes sind die Insurgentenführer Luca Petcovic und Bukalovich, welche von Grebci aus Trebinje bedrohten, mit ihren Schaaren in Eilmärschen zur Verstärkung der Insurgentenhauptmacht um Niksic aufgebrochen. Aus Cettinje hingegen wird gemeldet, daß Mukhtar Pascha auf seinem Rückzuge bei Krstac von einer ihm in den Rücken gefallenen Insurgentenabtheilung aufgehalten worden sei, in Folge dessen bei Krstac ein neuer Zusammenstoß erwartet werde. — Ueber die Vorgänge in Bosnien wird der „Pol. Korr." „von der Unna" geschrieben:

Mit großen Anstrengungen gelang es dem türkischen Oberkommandanten bei Risovatz 6000 Mann zu konzentriren. Die Türken in Kostajnitza geben zwar diese Macht auf 9000 an; diese Angabe ist aber entschieden falsch. Selbst unter den 6000 Mann sind bei 4000 Redifs und Baschi-Bozuks, so daß eigentlich nur 2000 Mann Nizams zur Verfügung stehen dürften. Es kann aber nicht genug wiederholt werden, daß nur auf diese regulaire Truppe allein gezählt werden kann. Die Türken wagten durch 4 Tage keinen Angriff auf die bei 5000 Mann starken Insurgenten, die ihr Lager nach allen Regeln der Kriegswissenschaft befestigt haben. Bis zum 11. Abends fanden nur kleine Kämpfe statt, die freilich auch Opfer genug kosteten. Die Insurgenten selbst geben ihren Verlust auf 280 Todte und viel mehr Verwundete an, was um so mehr sagen will, als sie ihre Verluste gewöhnlich mit „20—30 Mann" beziffern. Ein besonders schmerzlicher Verlust ist die gefährliche Verwundung des Anführers Bejnovits — eines ebenso tapfern als umsichtigen Kommandanten.

Zwischen dem 11. Abends und dem 14. Morgens wurde Waffenruhe gehalten, ohne indessen beiderseitig die Positionen zu ändern. Vom 14. an werden die Kämpfe mit großer Hartnäckigkeit fortgesetzt. Für die Türken handelt es sich darum, die Insurgenten zum Rückzuge zu zwingen, da sonst der Aufstand sich rasch in das Innere des Vilajets verbreiten würde. Am 14. selbst schienen die Insurgenten vom Kriegsglücke nicht besonders begünstigt worden zu sein. Es ist dies daraus zu schließen, daß sie an diesem Tage mit den üblichen Siegesbotschaften zurückhielten. Sollte es ihnen im Laufe der nächsten zwei bis drei Tage nicht gelingen, die Türken zurückzuwerfen, so werden sie sich auf Unac zurückziehen müssen, wo sie Fühlung mit den Schaaren Golubs gewinnen können.

Was Golub selbst betrifft, so beabsichtigt er die Zernirung Grahovo's. Dieser Punkt ist für seine ferneren Operationen sehr wichtig. 700 Türken, welche durch einen Angriff auf Unac Golubs Absichten auf Grahovo vereiteln wollten, wurden von ihm geschlagen und bis Klamec zurückgetrieben.

Inzwischen zieht man von allen Seiten Truppen zusammen, besonders um einer von den zum Losschlagen bereiten Serben drohenden Gefahr entgegenzutreten. Zu dem Behuf greift man selbst auf asiatische Truppen zurück und hat sogar die Unbesonnenheit nicht gescheut, die Armee-Corps aus den pestdurchwehten Niederungen am Euphrat und Tigris zum Abmarsch nach dem Insurrektionsheerd bereit zu stellen — eine furchtbare Maßregel, welche jedoch hoffentlich nicht zur Ausführung gelangen wird. Wie verlautet, hat schon das Gerücht von dieser beabsichtigten Maßregel in Stambul so große Aufregung hervorgerufen, daß es dieser und der europäischen Diplomatie gelingen wird, die Durchführung der Anordnung zu verhindern.

Lokales und Provinzielles.

Posen 22 April.

— Der „Dziennik Poznanski", der seinen panslavistischen Tendenzen mit Rücksicht auf die ultramontane Partei bisher nur schüchtern Ausdruck zu geben wagte, tritt seit einiger Zeit mit seinen Sympathien für den russischen Panslavismus offen hervor. In seinem letzten Leitartikel beschäftigt sich das Blatt mit der orientalischen Frage, um, wie gewöhnlich, auch die „Sache Polens" dabei in Betracht zu ziehen. Nachdem sich der „Dziennik" trotz der vielen Dienste und Wohlthaten, welche den Polen seit dem vorigen Jahrhundert von der Türkei erwiesen worden sind, dennoch für die Sache der südslavischen Insurgenten erklärt, kommt das Blatt auf die „Sache Polens" zu sprechen und äußert sich folgendermaßen:

Es kann sein, daß in den unvorhergesehenen Bahnen des weiteren Verlaufs bei anderen Ereignissen sich Stimmen und Mächte finden werden, welche uns (die Polen) auszunützen suchen werden. Es kann sein, daß inmitten dieser Ereignisse, daß inmitten ähnlicher Stimmen, die uns von der rechten und der linken Seite zurufen werden, eine Verwirrung der Begriffe und Anschauungen eintreten wird, ein Chaos von Interessen, die nach verschiedenen Seiten ziehen. Der leitende Kompaß, das Sammelzeichen wird in diesem Falle wie die Fahne für die Soldaten eines auf dem Schlachtfelde zersprengten Regiments, das slavische Banner sein, dem wir, wenn auch nur moralisch, denn vorläufig können wir nicht anders, treu bleiben wollen. Siegreich dagegen anzukämpfen, dafür ist keine Möglichkeit vorhanden; ein solcher Sieg wäre für uns im Uebrigen weder ehrenhaft, noch auch dauernd. Daß wir uns in einem solchen (slavischen) Bündniß, wenn auch sogar in einem besiegten, befinden werden, das kündigt uns in jedem Falle die Zukunft an.

Aehnliche Stimmen, die jetzt in der ganzen liberalen polnischen Presse laut werden, sollten die wenigen deutschen Sentimentalpolitiker und selbst die deutschen Ultramontanen davon überzeugen, daß die bekannte Idee, in Polen ein Bollwerk gegen den Osten herzustellen, selbst bei den Polen keinen Anklang mehr findet. In diesem Sinne äußert sich auch der lemberger „Dziennik Polski“ in seinem letzten Leitartikel. Dies Blatt, welches erst vor Kurzem die russische Politik in heftiger Weise angriff und hin und wieder sogar die leise Hoffnung aussprach, daß von Deutschland oder Oesterreich aus Polen wiederhergestellt werden könne, ändert seine Meinung plötzlich wie eine Windfahne (was bei polnischen Blättern nichts unerhörtes ist) und begleitet die Vorschläge einiger russischer Blätter zur Einigung zwischen Rußland und Polen mit folgender Bemerkung:

Ein Bündniß des freien Polens mit dem freien Rußland (welches letztere vom „Dziennik Polski“ als von Deutschen beherrscht dargestellt wird) gegen den Druck des Preußenthums, dies ist die Politik, welche für beide Nationen nothwendig und heilsam ist... Macht uns die Hände frei (so wendet sich der Artikel an Rußland) macht euer Unrecht gut, gebt uns die Möglichkeit als Nation zu handeln und eine nationale Politik zu treiben — und sicherlich werdet ihr Polen nicht auf Seite des eroberungssüchtigen Kreuzritterthums (d. h. Preußens, welches von den Polen als Nachkomme des verhaßten deutschen Ordens betrachtet wird) finden, welches seine Heerschaaren bereits so weit in die polnischen Länder vorgeschoben hat, und in Petersburg die despotische Regierung lenkt, indem es die schwere Sklaverei eures (des russischen) Volkes aufrecht erhält.

— In Flatow (Westpreußen) ist bei der Wahl des katholischen Kirchenvorstandes ebenso wie zu Bobowo eine polnische antiklerikale Partei aufgetreten, welche ihre sämmtlichen Kandidaten durchgebracht hat. Dem „Orędownik“, dessen Korrespondent darüber natürlich mit der größten Betrübniß berichtet, entnehmen wir Folgendes:

Während man an die kirchlichen Wahlen überall mit einer gewissen Würde (!) und mit einem Verständniß (?) der Sachlage getreten ist, haben sie bei uns einen bereitwilligen Anlaß zur Kundgebung verschiedenartiger Leidenschaften gegeben. Trotz aller Anweisungen und Rathschläge, die alten Kirchenvorsteher zu wählen, um zu zeigen, daß die katholische Bevölkerung zu der alten Verwaltung des Kirchenvermögens Vertrauen hatte, wollte man die eigene Unabhängigkeit zeigen und stellte selbstständig Kandidaten auf. Woher kommt diese Opposition gegen einen Propst, der in seiner Parochie alt geworden ist? . . . Unsere Gemeinde trifft der Vorwurf der Unfolgsamkeit, wie sie den Katholiken nicht zusteht (!), d. h. einer widerspenstigen Abneigung gegen den Vorgesetzten. . . . Die Wahl der Kirchenvorstände selbst ist nicht einmal werth, erwähnt zu werden, denn sie war eine reine Komödie, leider aber eine polnische; wie sie ausgefallen ist, darüber will ich schweigen. . . . Bei uns haben sie (die antiklerikalen Wähler) das angestrebte Ziel erreicht, so daß es nicht wunderbar wäre, wenn die Reinken'sche Partei uns für eine so männliche Auflehnung gegen den ultramontanen Rigorismus ihre Glückwünsche sendete.

Die ultramontane Jeremiade schließt damit, daß auch der nationale Sinn unter der polnischen Bevölkerung von Flatow sehr gering sei und daß daselbst viele Polen sich bereits ihrer Muttersprache schämten.

— **Personalveränderungen in der Armee.** Heinsius, Major zur Disp., zuletzt im 3. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 14, zum Bezirks-Kommdr. des 1. Bats. (Konitz) 4. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 21 ernannt. v. Stoessel, Unteroff. vom 1. Posen. Inf.-Reg. Nr. 18, zum Port.-Fähnr. befördert. Vogel v. Falckenstein, Major vom Gen.-Stabe der 12. Div., zum großen Gen.-Stabe versetzt. Musset, Oberst-Lieut. zur Disp. und Bezirks-Kommdr. des 1. Bats. (Kiel) Holstein. Landw.-Regts. Nr. 85, der Char. als Oberst verliehen. Bronsart v. Schellendorff, Major und Flügel-Adjut. des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Königl. Hoheit, ein Patent seiner Charge verliehen. Caspar, Major, aggreg. dem 7. Westfäl. Inf.-Reg. 56, in das 4. Großherzogl. Hess. Inf.-Reg. (Prinz Carl) Nr. 118 einrangirt. Baron v. Koschkull, Major, aggreg. dem 1. Hannov. Inf.-Regt. Nr. 74, in das 7. Westfäl. Infant.-Reg. Nr. 56 einrangirt. Knipping, Gen.-Major und Kommdr. der 22. Inf.-Brig., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, als Gen.-Lt. mit Pension zur Disp. gestellt. v. Mutius, Major vom Regt. der Gardes du Corps, Chef der 2. Comp. und Kommdr. der 1. Eskadron, mit Pension und der Regts.-Uniform der Abschied bewilligt. v. List, Major zur Disp. und Bez.-Kommdr. des 1. Bats. (Konitz) 4. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 21, von dieser Stellung, unter Ertheilung der Erlaubniß zum Tragen der Uniform des 3. Pomm. Inf.-Regts. Nr. 14, entbunden. Leonhardt, Oberst zur Disp., zuletzt Bezirks-Kommdr des 2. Bats. (Eupen) 1. Rhein. Landw.-Reg. Nr. 25, die Erlaubniß zum Tragen der Uniform des 5. Rhein. Inf.-Regts. Nr. 65 ertheilt. Eltester, Oberst-Lt. a. D., zuletzt Major in der 8. Gendarm.-Brig., unter Wegfall der ihm bei seiner Verabschiedung ertheilten Aussicht auf Anstellung im Zivildienst, in die Kategorie der mit Pension zur Disp. gestellten Offiziere versetzt. Daudistel, Oberst-Lt. vom 4. Großherzogl. Hess. Inf.-Reg. (Prinz Carl) Nr. 118, mit Pension und der Regts.-Uniform, Straub, Major und Platzmajor in Rastatt, mit Pension und der Armee-Uniform der Abschied bewilligt. Wilde, Sek.-Lt. von der Landw.-Inf. des 1. Bats. (Gnesen) 3. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 14, als Pr.-Lt. mit der Landw.-Armee-Uniform, Dillenburger, Sek.-Lt. von der Landw.-Inf. des 2. Bats. (Bromberg) 7. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 54, mit der Landw.-Armee-Uniform, der Abschied bewilligt. Der Roßarzt Schmidt vom Westpreuß. Kür.-Regt. Nr. 5, unter Versetzung zum Schleswig-Holstein. Ulan.-Reg. Nr. 15 und zum Ober-Roßarzt ernannt.

r. **Die städtische Mittelschule**, welche bekanntlich vor etwa 4 Jahren mit einem Kostenaufwande von 60,000 Thlr. in der Kl. Ritterstraße errichtet wurde, steht auf einem Grundstück, welches nach den Ansprüchen zu urtheilen, welche neuerdings seitens einiger Adjazenten erhoben werden, durchaus nicht vollkommen unanfechtbares Eigenthum der Kommune Posen zu sein scheint. Nachdem der Magistrat schon seit einigen Jahren wiederholentlich beim hiesigen Grundbuchamte Anträge auf Anlegung des bisher noch immer mangelnden Hypothekenbesitzes für die Kommune Posen gestellt hat, sind am 25. März d. J. von dem Kaufmann Rothholz, welcher ein an das Mittelschulengrundstück angrenzendes Grundstück besitzt, Karten und Erbschaftsverträge beim hiesigen Grundbuchamte eingereicht worden, nach welchen derselbe Grund und Boden, auf welchem das Mittelschulgebäude steht, als sein Eigenthum in Anspruch nimmt. Zur Feststellung der Flächen, aus denen das sogenannte „neue Mittelschulgrundstück“ auf der Kl. Ritterstraße besteht, hatte nun der Grundbuchrichter zum 4. April d. J. einen Termin an Ort und Stelle anberaumt, zu welchem außer dem Grundbuchrichter erschienen waren: der Stadtrath Dr. Loppe als Vertreter des Magistrats, der Kaufmann G. A. A. Rothholz, der Bäckermeister Knipfer und der Kaufmann Louis Lichtenstein, welcher gleichfalls ein angrenzendes Grundstück besitzt. Wir entnehmen dem amtlichen Schriftstücke, welches über die Verhandlung aufgenommen worden ist, Folgendes: Nachdem der Versuch, die Sache auf gütlichem Wege zu erledigen, mißlungen war, erklärte der Stadtrath Dr. Loppe: „er behaupte, daß die Fläche, aus denen das Schulgrundstück bestehe, zusammengesetzt sei aus: 30 Quadratmetern von St. Martin 48, 12 Aren 80 Q.-M. von St. Martin 50, 11 Aren 30 Q.-M. von St. Martin 51, zusammen 24 Aren 40 Q.-M., welche von dem Magistrat durch den Vertrag vom 4. Jan. 1824 und 11. Mai 1827 von der Retablissements-Baukommission erworben seien. Wenn in dem Vertrage Nr. 49 statt 48 gesagt sei, so könne dies nur auf einem Schreibfehler beruhen. Die Retablissements-Baukommission habe diese Grundstücke von den Vorbesitzern erworben; bei Nr. 50 und 51 sei der Abverkauf auch bereits vermerkt, aber die Abschreibung nicht erfolgt; den Theil von Nr. 48 resp. das Grundstück St. Martin 48 habe die Retablissements-Baukommission im Ganzen von dem eingetragenen Eigenthümer Wieland auch i. J. 1805 erworben. Der Vertrag vom 30. Mai 1805 werde nachgewiesen, resp. beigebracht werden. Er beantrage demnach, die oben erwähnten Parzellen, nachdem die Stadtgemeinde als Eigenthümerin derselben eingetragen ist, abzuschreiben und mit denselben ein neues Grundbuchblatt des Schulgrundstücks anzulegen.“ — Kaufmann Rothholz dagegen erklärte, „er behaupte, daß diejenigen 90 Q.-R. = 12 Aren 80 Q.-M. von St. Martin 50 gar nicht an der Stelle liegen, auf welcher das Schulgebäude steht, sondern vor der Schule liegen und zur Anlegung der Kl. Ritterstraße verwendet seien. Er nehme das Terrain von Nr. 50, auf welchem die Schule steht, als Eigenthum für sich in Anspruch, beziehe sich zum Beweise dessen auf die bei den Grundakten befindlichen Verträge und die mit der Eingabe vom 25. März d. J. überreichten Urkunden und Karten, und provozire auf Lokalbesichtigung und Nachmessung durch den Katasterkontrolleur hierselbst, widerspreche also dem obigen Antrage des Stadtraths Dr. Loppe, soweit er das Grundstück St. Martin 50 betrifft, und behalte sich auch die Stellung der Eigenthumsklage, falls er als Provokant gelten sollte, vor.“ — Der Bäckermeister Knipfer gab die Erklärung ab, „er habe kein Interesse daran, aus welchen Flächen das Schulgrundstück bestehe; von seinem Grundstücke St. Martin 50 seien nur die 90 Q.-Ruthen an die Retablissements-Baukommission abverkauft worden; der Rest sei sein Eigenthum.“ — Kaufmann L. Lichtenstein erklärte schließlich, „er behaupte, daß an der südlichen Seite des ihm gehörigen Grundstücks St. Martin 51 ein Platz belegen sei, welcher zum Schulgrundstücke verwendet worden, aber nicht zu demselben gehöre, sondern zu dem Grundstücke St. Martin 51. Die Größe dieses Platzes und die nähere Bezeichnung anzugeben, behalte er sich vor und überreiche zum Beweise dessen den zwischen ihm und Krzyzanowski geschlossenen Vertrag vom 20. November 1871, und berufe sich über die Richtigkeit seiner Angaben auf das Zeugniß seines Vorbesitzers Krzyzanowski. Er widerspreche daher gleichfalls den von dem Stadtrath Dr. Loppe gestellten Anträgen.“ Nach Abgabe dieser Erklärungen wurden die Verhandlungen an Ort und Stelle geschlossen, und ist somit diese Angelegenheit noch immer in der Schwebe.

r. **Das Begräbniß** des Kaufmanns David Kantorowicz, welcher bekanntlich am 19. d. M. gestorben war, fand gestern Nachmittags unter außerordentlich starker Betheiligung statt. Die zahlreichen Armen von der Schrodka, denen der Verstorbene stets eine sorgsame Pflege angedeihen ließ, hatten es sich nicht nehmen lassen, demselben das letzte Geleit zu geben. Auch der Rettungsverein war in dem Leichenzuge, der sich von der Schrodka durch die ganze Stadt bis zum israelitischen Kirchhofe vor dem Berliner Thore bewegte, stark vertreten.

r. **Feuerlösch-Versuche.** Heute Abends um 5 Uhr wurden auf dem Krzyzanowski'schen Platze vor dem Berliner Thore auf's Neue Versuche mit Extinkteuren (Patent-Gasspritzen) angestellt, die von der Klose'schen Maschinen-Bauanstalt in Görlitz angefertigt waren. Der Unterschied zwischen diesen und den Dick'schen Extinkteuren, mit denen am Donnerstag Proben angestellt wurden, beruht im Wesentlichen darin, daß, während bei den Dick'schen der Ausfluß der Schwefelsäure in die Lösung von kohlensaurem Natron durch die Zertrümmerung eines Glasbehälters bewirkt wird, bei den Klose'schen Extinkteuren die Schwefelsäure sich in einem Zinkbehälter befindet, der durch eine geeignete mechanische Vorrichtung umgestürzt wird, so daß die Schwefelsäure sich in die Lösung von doppeltkohlensaurem Natron ergießt. Nach jedesmaligem Gebrauche muß demnach das Zinkgefäß neu gefüllt und in den Extinkteur hineingebracht werden. Während der Dick'sche Extinkteur aus Eisen konstruirt ist, besteht der Klose'sche aus Kupfer; auch ist der letztere mit einem Manometer versehen, und hat nur den Preis von 108 Mark, während der Dick'sche 135 bis 170 Mark kostet. — Die Löschversuche mit den Klose'schen Extinkteuren ergaben, daß dieselben gleichfalls Vorzügliches leisteten. Zur Löschung eines brennenden Holzstoßes, die neulich mit zwei Dick'schen Extinkteuren bewirkt wurde, genügte eine Klose'sche Patent-Gasspritze, und ebenso gut gelangen die Versuche mit der Löschung des brennenden Theeres. — Den Versuchen wohnte, wie am Donnerstage, der kommandirende General v. Kirchbach, der Oberpräsident Günther, der Gouverneur Freiherr von Wrangel und ein zahlreiches Publikum bei.

r. **Auf der Wilda** hat am 20. d. M. die Pflasterung der Dorfstraße begonnen, nachdem zuvor die Steine, mit denen diese ehemalige Landstraße nach Breslau nothdürftig vor vielleicht 60 Jahren gepflastert worden war, herausgegraben, und eine vorschriftsmäßige Sandbettung für die neue Pflasterung hergestellt worden ist. Es wird auf diese Weise endlich einer der schlechtesten Wege dicht vor den Thoren der Stadt in eine gut gepflasterte Straße umgewandelt.

— **Ein Fleischer von außerhalb** brachte gestern Nachmittags ein geschlachtetes Schwein durch das Schillingsthor ohne es anzumelden. Der Steuerbeamte schöpfte Verdacht, eilte dem Fleischer nach und holte ihn auf der St. Adalbertstraße ein. Als der Verfolgte bemerkte, daß die Defraudation entdeckt ist, entfloh er mit Zurücklassung des Schweines und Gefährtes. Bald kamen mehrere andere Fleischer herbei, umringten den Beamten und entrissen ihm das defraudirte Schwein, mit welchem sie verschwanden.

r. **Einsturz.** Gestern nach Eintritt des Feierabends stürzte ein Theil des alten Seidel'schen Hauses auf der St. Martinstraße ein, das zum Abbruch bestimmt und theilweise auch schon abgebrochen ist. Zum Glück befand sich Niemand in der Nähe, so daß in Folge des Einsturzes kein weiteres Unglück entstanden ist. Die Ursache des Einsturzes ist die Abschachtung eines Theiles des Bodens in der Nähe zum Fundamente des Neubaues sowie die Schwäche der alten Mauern.

— **Standesamt der Stadt Posen.** In der Woche vom 16. d. M. bis inkl. 22. d. M. sind zu den Standesregistern angemeldet worden:

1) 35 Geburten (14 weniger als in vorhergehender Woche) und zwar 15 männliche und 20 weibliche, darunter 1 uneheliche.

2) 38 Sterbefälle (also 16 mehr als in voriger Woche). Die Zahl der Gestorbenen überragt daher die der Geborenen um 3. Von den Gestorbenen waren 18 männlich, 20 weiblich und befanden sich darunter 11 Kinder unter einem Jahre.

3) 14 Eheschließungen. Von diesen waren: 8 rein evangelisch, d. h. beide Theile evangelisch, 1 rein katholisch, 2 rein mosaisch. Bei 2 Mischehen war der Mann katholisch, die Frau evangelisch und bei 1 Mischehe die Frau katholisch und der Mann evangelisch. Vor der Verehelichung wohnte 1 Paar in einem und demselben Hause. 10 der Geborenen stammen aus evangelischen, 15 aus katholischen, 7 aus mosaischen, 3 aus gemischten Ehen. Von den 38 Gestorbenen waren 18 evangelisch, 16 katholisch, 4 mosaisch.

⊙ **Bojanowo**, 20. April. [Goldene Hochzeit. Baumdiebstahl.] Gestern feierte hier der Maurermeister Lehnertsch und seine Ehefrau das seltene Fest der goldenen Hochzeit im engeren Zirkel ihrer Familie. Nachdem Hr. Pastor prim. Habermann das greise Ehepaar nochmals kirchlich eingesegnet, überreichte er dem Jubelbrautpaar eine Bibel und ein Geldgeschenk, letzteres aus einem ihm zur Disposition stehenden Fond. Später vereinigten sich sämmtliche Familienglieder, so wie auch mehrere Freunde zu einer gemeinschaftlichen Feier des Festes. — Auf der Chausseestraße nach dem Dorfe Lang-Guhle waren ungefähr 20 Obstbäume durch den Besitzer in diesem Frühjahr neu angepflanzt worden. Nach einigen Tagen waren diese frisch angepflanzten Bäumchen mit einem Male verschwunden und ist trotz aller Recherchen noch nicht gelungen, den Dieb zu ermitteln.

□ **Ostrowo**, 22. April. [Manöver in Russisch-Polen.] Im Juli soll der Großfürst Konstantin nach Polen kommen, um den Lagerübungen und einem großen Manöver beizuwohnen, das sich von Warschau bis Kalisch erstreckt und drei Wochen dauern wird; es sollen gegen 20 Kavallerieregimenter an demselben theilnehmen. Die in Kalisch garnisonirenden Truppen werden schon Ende Mai ins Lager ausrücken.

—r. **Wollstein**, 21. April. [Bezirkslehrer-Konferenz. Präparanden-Anstalt in Rostarschewo. Kreis-Lehrerbibliothek.] Am 8. d. M. fand in der hiesigen katholischen Schule unter dem Vorsitze des Herrn Kreisschulinspektors Tecklenburg die zweite diesjährige Konferenz der katholischen Lehrer des hiesigen Konferenzbezirks statt. Außer den betreffenden Lehrern betheiligte sich an derselben auch der Lokalschulinspektor Herr Propst Henke von hier. Lehrer Palkowski aus Kielpin hielt mit den Kindern der Oberabtheilung der katholischen Schule eine geographische Lektion über Europa, an welche sich eine eingehende Debatte anschloß. — Sämmtliche drei zu Ostern aus der Lehrerpräparandenanstalt in Rostarschewo entlassenen Präparanden haben die Aufnahmeprüfung im Schullehrerseminar zu Koschmin bestanden. — Für die hiesige Kreis-Lehrerbibliothek sind durch den Herrn Kreisschulinspektor Tecklenburg bereits 120 Werke, größtentheils pädagogischen Inhalts, angeschafft worden. Mit der Vertheilung der Bücher an die 9 Unterbibliothekare des Kreises wird mit dem 1. Mai c. begonnen werden.

J. **Inowrazlaw**, 21. April. [Ehrengeschenk. Soolbad. Schlachthaus.] Dem früheren Landrath des diesseitigen Kreises, Baron v. Willamowitz-Möllendorff, ist in dankbarer Anerkennung der hohen Verdienste, die sich derselbe um den Kreis erworben, von den Kreiseingesessenen ein silberner Tafelaufsatz verehrt worden. Die Ueberreichung des Ehrengeschenkes erfolgte am 18. d. M. durch eine Deputation der hiesigen Kreisstände, bestehend aus den Herren v. Busse-Latkowo, v. Brzeski-Cieslin, Nehring-Kruscha, Salomonsohn-Inowrazlaw, Stubenrauch-Leng, v. Rutkowski-Piotrkowitz und v. Below-Górki. Der Tafelaufsatz, etwa 2 Fuß hoch, ist eine Nachbildung der Siegessäule in Berlin und trägt auf der einen Seite die Widmungsworte: „dem scheidenden Landrath Herrn Baron v. Willamowitz von den Kreiseingesessenen“ in deutscher, auf der entgegengesetzten Seite in polnischer Sprache. Die dritte Seite zeigt den kruschwitzer Mäusethurm, die vierte das Wappen der Freiherren v. Willamowitz-Möllendorff. — Der Ausbau des hiesigen Soolbades wird mit allen Kräften gefördert, so daß die Eröffnung des Bades, wenn nicht zum 1. Mai, wie man allgemein gehofft hatte, so doch in baldiger Aussicht steht. Die Hauptgebäude sind im Rohbau fertig und man ist gegenwärtig mit der inneren Einrichtung beschäftigt. Neben der Aufführung der Gebäude hat man auch schon auf die Einrichtung von Gartenanlagen Bedacht genommen. So führen u. A. von dem Soolbadgarten einige Alleen nach dem Soolbade. Außerdem ist noch die Anlage eines neuen Gartens in der Nähe des Soolbades beabsichtigt. Neben dem Soolbade befindet sich ein Brunnen, der vorläufig das zum Bau erforderliche Wasser liefert und später das zum Betriebe nöthige Wasser hergeben soll. Ob das Wasser zu letzterem Zwecke ausreichen wird, ist fraglich, da dem Brunnen durch einen anderen unfern belegenen Brunnen, der die Wasserleitung der hiesigen Dampfmahlmühle speist, sehr viel Wasser entzogen wird. Die Verwaltung des Soolbades soll Herrn Potrzebkowski, der im vorigen Jahre die Badeanstalt in der Grochowka leitete, übertragen werden. — Der hiesige Magistrat steht zur Zeit in Unterhandlung wegen Ankaufs eines Grundstücks am Neuen Markt. Auf diesem Grundstück, auf dem sich zur Zeit ein städtischer Brunnen befindet, soll ein Schlachthaus gebaut werden. Die Erbauung desselben erscheint besonders aus sanitärischen Rücksichten als eine dringende Nothwendigkeit, und es würde dadurch einem längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen werden.

J. **Inowraclaw**, 22. April. [Wasserleitungsrohr. Wasserleitung. Landwirthschaftliche Kommission.] Auf dem Bauplatze des Konditors Gartmann in der Kastellanstraße wurde am 13. d. M. beim Graben des Fundaments ein alterthümliches Wasserleitungsrohr aufgefunden, welches in einer Stunde 5 bis 6 Eimer weiches trinkbares Wasser lieferte, obgleich das Rohr zum größten Theil verstopft zu sein scheint. Daß man es hier mit den Resten einer alten großen Wasserleitung zu thun habe, wie man anfänglich annahm, ist durch nichts erwiesen, jedenfalls beweist der Fund, daß schon unsere Vorfahren darauf Bedacht genommen haben, für gutes Trinkwasser Sorge zu tragen. — Wie s. Z. mitgetheilt wurde, hat sich die hiesige Dampfmühlenverwaltung veranlaßt gesehen, eine Wasserleitung einzurichten. Diese Einrichtung erschien außer anderen Gründen besonders deswegen als nothwendig, weil der Teich, der bisher das Etablissement mit dem zum Betriebe erforderlichen Wasser versorgte, seinen Ausdünstungen wegen als gesundheitsschädlich erachtet werden mußte. Die Wasserleitung hat sich nun aber, wie ich höre, nicht in der erhofften Weise bewährt, weil einmal der im Westen der Stadt unfern der Saline und des Soolbades angelegte Brunnen nicht genug Wasser liefert, — die Mühle braucht täglich cr. 15,000 Kbkfuß. Wasser und weil ferner das Wasser so salzhaltig ist, daß die Maschinen davon zu sehr angegriffen werden. Da das Wasserquantum der Leitung zum Betriebe also nicht ausreichend ist, so hat man bisher an eine Zuschüttung des Sammelbassins noch nicht gehen können. Die schädlichen Wirkungen desselben sind aber insofern etwas beschränkt worden, als die Ausflüsse aus den Rinnsteinen der Stadt nicht mehr in das Bassin geleitet werden. — Der hiesige landwirthschaftliche Verein hat eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt zur Unterstützung derjenigen bäuerlichen Wirthe und Lehrer auf dem Lande, welche die Absicht haben, in eine geregelte Fruchtwechselwirthschaft überzugehen und eine bessere Ernährung ihres Viehstandes mittelst kräftigen Futters anzubahnen. Die Kommission besteht aus den Herren Oberamtmann Seer-Nischwitz, Rentier Erdmann-Inowrazlaw, den Gutsbesitzern Telschow-Warin und Wegner-Chlewisk, sowie den Rittergutsbesitzern Nehring-Gr. Krusche, von Heyen-Gocanowo, Hinsch-Lachmirowitz.

x. **Schneidemühl**, 21. April. [Französische Fabrikarbeiter.] Heute brachte der Frühzug der Ostbahn vier Waggons vierter Klasse mit französischen Fabrikarbeitern aus der Champagne, welche angeblich in einer Maschinenfabrik zu Königsberg beschäftigt werden sollen.

Der posener Städtetag und die Stadtverordneten von Lissa und Bentschen.

(Eingesandt.)

Die Stadtverordneten von Lissa haben einstimmig beschlossen, aus dem posener Städtetage auszuscheiden, weil derselbe nur die Interessen der Herren Bürgermeister wahrnehme und deshalb richtiger „Bürgermeistertag“ heißen müsse, so meldet der lissaer Korrespondent der Posener Zeitung mit einer nicht ganz unterdrückten Genugthuung über die Einsicht seiner Stadtväter und unmittelbar darauf verkündet uns der bentschner Korrespondent der Pos. Ztg., offenbar mißgünstig darüber, daß Lissa den Ruhm davontragen könnte, zuerst den Stein der Weisen gefunden zu haben, triumphirend, daß das, was die Stadtväter von Lissa erst jetzt erkannt hätten, den Vätern von Bentschen bereits im vorigen Jahre klar gewesen u. daß Bentschen deshalb schon damals aus dem Städtetage geschieden sei. Auf den Vorwurf, daß der posener Städtetag nur eine Interessen-Vertretung der Bürgermeister sei, haben wir uns die Tagesordnungen der 3 Versammlungen, welche der posener Städtetag

bisher abgehalten hat, angesehen, und auf denselben die folgenden Themata gefunden:

Ueber den Nutzen der Städtetage, über Elementarschulwesen, über die Entlastung der Stadtgemeinden von polizeilichen Transportkosten, über Reformen der Gemeindebesteuerung, über die Einführung der Kreisordnung, über die Fortbildungsschule, über die erwartete neue Städteordnung, über Fremden- und Anmeldewesen, über die Armenpflege, über Wittwen- und Waisenversorgung der Gemeindebeamten und Besprechung praktischer Fragen aus dem Gemeindeleben.

Wie nun die Herren Stadtverordneten von Lissa und Bentschen dazu kommen, Versammlungen, auf welchen derartige Fragen, welche die höchsten Interessen der Gemeinden und ausschließlich der Gemeinden betreffen, eine Interessen-Vertretung der Bürgermeister zu nennen, begreifen wir nicht und würden sehr dankbar sein, wenn sie uns das ein wenig näher begründen möchten.

Es giebt Juristentage, Philologentage, Medizinertage, Versammlungen der Elementarlehrer, der Landwirthe, der Mühleninteressenten, ja der Bierbrauer, Hutmacher und noch so mancher anderer Handwerker — sollten allein die Fragen des Gemeindelebens und der Selbstverwaltung so einfach oder so unbedeutend sein, daß sie einer Besprechung in größeren Versammlungen der Betheiligten nicht bedürfen oder nicht werth sind und noch dazu in einer Zeit, welche so gewaltige Reformen gerade auf dem Gebiete des Gemeindelebens erstrebt und ausführt? Dem steht die Thatsache entgegen, daß nunmehr in allen Provinzen unseres preußischen Vaterlandes Städtetage bestehen, welche sich der regsten Theilnahme nicht blos der Bürgermeister, sondern gerade auch der unbesoldeten Vertreter der Gemeinden erfreuen und so verschmähen beispielsweise gerade jetzt die Magisträte der Großstädte Königsberg, Breslau und Köln nicht, mit den Vertretern auch der kleinsten Nester der bezüglichen Provinzen den zur Zeit dem Abgeordnetenhause vorliegenden Entwurf einer neuen Städteordnung gemeinsam zu berathen. Sollten die Gemeindevertreter der Städte aller anderen Provinzen, sollten insbesondere die Vertreter der genannten 3 Großstädte, unter welchen sich hochberühmte Autoritäten auf dem Gebiete des Gemeindelebens befinden, nicht ganz so einsichtsvoll sein; wie die Vertreter der Städte zu Lissa und Bentschen? Wir gestehen es offen, daß auch wir für den posener Städtetag in seiner gegenwärtigen Verfassung nicht schwärmen, aber nicht, weil er nie Interessenvertretung von Bürgermeistern ist, sondern weil er fast gar keine Theilnahme unter den Städten findet: fehlen in demselben doch die größten Städte der Provinz wie Krotoschin, Gnesen, Rawicz, Fraustadt und vor Allem die Provinzial-Hauptstadt Posen selbst. Und von den Städten, welche Mitglieder sind. Wer erscheint da auf den Städtetagen? Fast ausschließlich die Bürgermeister, während doch gerade die Ehrenvertreter der Städte die Städtetage besuchen sollten, um ihren Gesichtskreis auf dem Gebiete des Gemeindelebens zu erweitern. Was kann eine Versammlung leisten, welche gerade unter denen, für welche sie hauptsächlich berechnet ist, so wenig Theilnahme findet? Ist es zu verwundern, daß sich da die persönliche Eitelkeit breiter macht, als der Sache gut ist, wenn die besten Kräfte und die geborenen Träger der Städtetage sich fernhalten?

Und fragen wir uns zum Schluß: Woher kommt diese Gleichgültigkeit in der Provinz Posen gegen ein Institut, welches in allen anderen Provinzen unseres Vaterlandes die wärmste Theilnahme findet und selbst von den gesetzgebenden Faktoren als eine berechtigte Stimme in den Fragen des Gemeindelebens anerkannt und beachtet wird, so könnte man fast auf die jämmerlichen Gedanken kommen, wenn es nicht eine Beleidigung für die städtischen Vertretungen wäre, daß unberechtigter Hochmuth oder gar die elenden 40 bis 50 Thlr., welche, die Beschickung des Städtetages alljährlich etwa kostet, die Klippen sind, an welchen das Gedeihen eines für die segensreiche Entwickelung des Gemeindelebens so hochwichtigen Instituts scheitert!

Doch wir bescheiden uns, nur das glauben wir zum Schluß doch konstatiren zu müssen, daß die wiederholt von den Vertretern der königlichen Staatsregierung im Abgeordnetenhause ausgesprochene Behauptung, die Provinz Posen sei noch nicht reif zur Selbstverwaltung, kaum besser unterstützt werden konnte, als durch die Eingangs referirten Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlungen zu Lissa und Bentschen; sie haben derselben gewissermaßen das amtliche Siegel aufgedrückt und den beiden Städten selbst ein Monumentum aere perennius gesetzt.

X.

Aus dem Gerichtssaal.

Die kaufmännische Welt hat nicht nur im Wortausdrucke ihre eigenthümliche Charakteristik, deren Verständniß beim Brief- und Depeschenverkehr dem Nichtkaufmann wie dem angehenden Handelsrichter ihre Schwierigkeiten bereitet, sondern sie bedient sich auch in der Ziffersprache einer Technik, welche verstanden sein will, die selbst im Fachkreise noch nicht durchweg Eingang gefunden hat und deren Unkenntniß sich da oft in empfindlicher Weise straft. Ein Kaufmann erkundigte sich brieflich bei einem Fabrikbesitzer über den Preis der von Letzterem bereiteten sogen. „Biercouleur" (Bierfärbestoff) und erhielt zur Auskunft: „Antwortlich Ihres Werthen vom 19. d. Mts. offerire Ihnen meine Biercouleur pro Zentner mit 7 Thlr. frei ab hier, bei Original-Gebinden 6/7 Zentner berechne Fastage nicht. Bei kleineren Gebinden 7½ Thlr. per Zentner. Sehe Ihrem werthen Auftrage entgegegen." — Hierauf bestellte der Kaufmann ein Original-Gebinde von 6/7 Zentner Biercouleur per Zentner 7 Thlr. gegen Nachnahme und erhielt acht Tage später ein Faß Biercouleur von 665 Pfund per Bahn übersendet. Er verweigerte nun zwar die Annahme der Sendung sowie die Zahlung des darauf haftenden Nachnahmebetrages von 46 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf., indem er sich sofort beeilte, dem Fabrikanten sein höchlichstes Erstaunen über die Massensendung auszudrücken, mit welcher er bei seinem kleinen Flaschen-Biergeschäft viele Jahre hinaus und bis zum Verderben der Couleur auskommen dürfte, während er nur sechssiebentheil Zentner, also 85⁵/₇ Pfund, verlangt und bestellt habe, und zugleich hervorhob, daß ein Quartum von 6 bis 7 Zentner Biercouleur höchstens von großen Brauereien benöthigt werden könne. Der Fabrikant war aber für dergleichen Vorstellungen unzugänglich und wollte umsoweniger an ein Mißverständniß bei der Bestellung glauben, als er in seinem Angebotsschreiben das Originalgebinde von 6/7 Zentner den kleineren Gebinden ausdrücklich gegenübergestellt habe und es deshalb Sache des Bestellers gewesen wäre, sich rechtzeitig nach dem Gewichte eines Originalgebindes zu erkundigen. Er schritt zur Klage und benannte eine Anzahl Sachverständige, welche bekundeten, daß es im kaufmännischen Verkehre Usance und Sitte sei, derartig unbestimmte Quantitäten durch einen die Zahlen, welche die muthmaßlichen Grenzen des zu liefernden Quantums angeben, in schräger Richtung trennenden Strich zu bezeichnen, daß also unter der in seinem Schreiben gewählten Bezeichnung „Originalgebinde 6/7 Zentner" nur eine Quantität von 6—7 Zentner Biercouleur zu verstehen gewesen sei. Einzelne unter ihnen wollten aus der Fassung des Bestellungsbriefes zwar die Auffassung haben, daß Verklagter kaum eine Ahnung davon gehabt habe, welche geringe Quantität der Biercouleur zur Färbung sehr erheblicher Quantitäten Bieres erforderlich sei, und wenn er daher auch absichtlich und wissentlich 6 bis 7 Zentner bestellt, erst später möge erfahren haben, daß dieses Quantum kaum für die größten Brauereien verbrauchbar sei; allein alle diese Reflexionen, welchen andererseits auch entgegenzustellen war, daß Verklagter ja sehr wohl die Couleur, welche selbst durch längeres Lager nicht leicht verdirbt, als Zwischenhändler zum Weiterverkaufe hatte benutzen wollen, konnten das aus der als usancemäßig festgestellten kaufmännischen Schreibweise begründete Recht des Klägers nicht beseitigen, und das Gericht sprach, wie die „Ger.-Ztg." meldet, die Verurtheilung des Verklagten zur Abnahme und Zahlung aus unter der Motivirung, daß Verklagter die Folgen seiner Geschäftsunkenntniß tragen müsse und nicht auf Grund nachträglich erworbener Erfahrung die Abnahme der bestellten Waare ablehnen könne. Auch abgesehen von dem gleichlautenden Gutachten aller Sachverständigen würde die Auslegung des brieflich geschlossenen Kontrakts gemäß § 266 I. 5 Allg. L.-R. gegen den Verklagten Platz gegriffen haben, wonach gegen den zu interpretiren sei, welcher sich in seiner Willensäußerung zweideutiger Ausdrücke bedient habe.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die am 21. d. erschienene Nr. 16 der von Dr. Guido Weiß herausgegebenen politisch-literarischen Wochenschrift die „Wage" enthält: Die Nationalökonomen. (Schluß.) — Die Willmanns'sche Broschüre. — Literarisches.

* Von den im Verlage von Eduard Hallberger in Stuttgart erscheinenden ausgewählten Romanen Carl Spindlers sind die Lieferungen 33—40 zur Ausgabe gelangt, in welcher der Roman der „Invalide" fortgesetzt wird.

* Von dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in seiner durch die Novelle vom 26. Februar 1876 vielfach veränderten und ergänzten Gestalt ist soeben in J. U. Kern's Verlag (Max Müller) in Breslau eine neue Text-Ausgabe erschienen. Dieselbe empfiehlt sich neben korrektem Druck und handlichem Format besonders durch das beigegebene ausführliche Sachregister und den dabei ungemein niedrigen Preis (50 Pf.), der die Anschaffung dieses wichtigen Gesetzes einem Jeden ermöglicht.

* Daß die Textil-Industrie schwer leidet, ist eine Thatsache, die durch feiernde Maschinen und Arbeiter, durch zahlreiche Konkurse 2c. auf das Unzweifelhafteste festgestellt ist. Dieser Noth entgegenzuwirken und vor allen Dingen die Ursachen zu entfernen, die viele in einer unrichtigen Handelspolitik des Deutschen Reiches zu erkennen meinen, findet augenblicklich unter den betreffenden Industriellen eine lebhafte Bewegung statt, die ihren Ausdruck in der Gründung von zahlreichen Vereinen findet. Einen Mittelpunkt für diese Bewegung bildet das in Berlin bei Leonhard Simion erscheinende Zentralblatt für die Textil-Industrie.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **In den Kreisen schlesischer Bergwerksbesitzer** herrscht augenblicklich, wie man der „B. B. Z." mittheilt, eine große Aufregung über den Standpunkt, den die Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses gegenüber den bekannten aus Oberhausen und Iserlohn eingegangenen Petitionen um Abhilfe gegen die durch den Bergbau herbeigeführten Schäden eingenommen hat. Man wird jedenfalls versuchen, noch vor Berathung dieser Petitionen im Plenum die angeblich irrige und dem Bergbau feindliche Auffassung der Kommission an geeigneter Stelle zu berichtigen. Wenn das Abgeordnetenhaus den Begriff der Gemeingefährlichkeit des Bergbaues in dem Sinn der Kommission adoptirt, so dürfte nach Ansicht der Bergwerksbesitzer dem ergiebigsten Bergbau an vielen Stellen des Vaterlandes geradezu Stillstand auferlegt werden. Sie wollen ganz unerörtert lassen, daß die Kommission von der direkten Voraussetzung ausgegangen zu sein schien, daß die Oberflächenbewegung an den bemerkten Orten unbedingt von dem Bergbau herrühren müsse, was die Kommission schwerlich zu entscheiden berufen und befähigt sei, jedenfalls scheine ihnen die Kommission zu weit zu gehen, wenn sie Beschädigungen von Gegenständen (Häusern) u. s. w. der Oberfläche durch den Bergbau dadurch einen Riegel vorschieben wolle, daß sie dieselben für gemeinschädlich erkläre und dagegen den Schutz des Staates durch polizeiliche Maßregelung des Bergbaues Platz greifen lassen wolle, während das allgemeine Berggesetz das Verhältniß der Schadenersatz-Ansprüche zwischen Bergbaubetreiber und Oberflächenbesitzer im privatrechtlichen Wege völlig genau präzisirt. Sollte die Ansicht der Kommission, sagen die Bergwerksbesitzer, im Hause zur Geltung gelangen, so würde an vielen Punkten Oberschlesiens der Abbau der mächtigen Steinkohlenpflötze geradezu zu den Unmöglichkeiten gehören.

Wöchentlicher Produkten- und Börsenbericht

von Hermann Meyer.

Posen, 22. April. Die schöne warme Witterung, welche mit Beginn dieser Woche eintrat und nur von leichten Regenschauern unterbrochen wurde, hat die Vegetation in erfreulicher Weise gefördert. Die Berichte über den Stand der Saaten lauten weit günstiger als bisher und die Schäden, welche die bisherige ungünstige Witterung hervorgerufen hat, sind größtentheils geschwunden. — An unserem Landmarkte waren die Zufuhren von

Roggen zwar nicht reichlich, doch zur Genüge, um die Nachfrage zu befriedigen. Geringere Waare, welche stärker zugeführt war, gab etwas im Preise nach, während feine Waare zum Versand und Konsum schlank verkäuflich blieb. Bez. wurde 145—158 Mk. pr. 1000 Kl. An der Börse war die Verkaufslust trotz besserer berliner Course überwiegend und Preise billiger. Bez. wurde für Mai-Juni 151—150, per Juli-Aug. 154—153 Mk. per 1000 Kl.

Spiritus gab unter dem Druck der Zufuhren wieder nach, nachdem das Deckungsbedürfniß per April-Mai fast ganz befriedigt worden war. Der Versand von Rohwaare ist unbedeutender denn je, und den Spritfabriken fehlen neue Ordres fast gänzlich. Inzwischen treffen die Wasserabladungen recht zahlreich in Berlin ein und eine Ankündigung derselben im Mai dürfte im Verein mit dem vorhandenen großen Lager die Preise ferner ungünstig beeinflussen. Fraglich bleibt es allerdings, ob die billigen Preise nicht die Spekulation wachrufen, wodurch der Ueberfluß der Waare auf Aug.-Septbr. festgelegt werden würde. Eine verminderte Produktion macht sich übrigens bis jetzt noch nicht fühlbar. Bez. wurde per April 44—43,2, August 46,4—45,7.

Vermischtes.

* **Aus einem Dorfe** Niederschlesiens ging kürzlich ein Brief mit folgender Adresse in Berlin ein:

An Seiner Exelenz
den Keiserlich Königlichen Magestötischen
Kabinnets Minnister, des Teursten Namen
ich nicht im Stande bin zu zu nenen
frei zu
Absender N. in N. Berlin.

Da der Inhalt des Briefes an Klarheit der Adresse entsprach, ist seitens des betr. Ressortministers, an welchen der Brief trotz der unbestimmten Fassung der Adresse gelangt war, die bez. Kreisbehörde zur Berichterstattung aufgefordert worden.

* **Die Renz'sche Kunstreitergesellschaft** übersiedelte am 21. d. Morgens 2 Uhr von Berlin nach Leipzig, um während der Ostermesse dort Vorstellungen zu geben; die erste Vorstellung in dem neuerbauten großen Zirkus dortselbst war für den 22. d. projektirt.

* **Aus Baiern,** 19. April. Wie der „N.-Z." aus Bayreuth geschrieben wird, ist dorthin von München aus der Befehl ergangen, das dortige königliche Schloß für die Zeit während der Aufführungen der Wagner'schen „Nibelungen" und der Vorbereitungen zu denselben, komplet auf den Besuch der deutschen Fürsten einzurichten. — Der wiener Hof-Opernkapellmeister Hans Richter ist zu mancherlei Vorbesprechungen dieser Tage in Bayreuth eingetroffen. — Aus Hof berichtet der „Hof. Anz." unter dem 17. April: Am vergangenen Sonnabend Vormittag ist in einem Wäldchen bei Döberlitz der Direktor der mechanischen Weberei, Ottmar Weidner, todt aufgefunden worden. Derselbe hatte sich am Charfreitag aus seiner Wohnung entfernt und mittelst Strychnin den Tod gegeben. Ein silberner Löffel, mit welchem er das Gift einnahm, sowie ein geladener sechsläufiger Revolver lagen neben ihm. Die Beweggründe zur That sollen zerüttete finanzielle Verhältnisse, sowie ein Defizit in der Kasse der mechanischen Weberei von über 600,000 Mk. sein.

Dieser Nummer liegt als Sonntagsbeilage eine Nummer der „Familienblätter" bei.

Baltimore, 21. April.
(Per transatlantischen Telegraph.)

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Braunschweig", Capt. C. Undütsch, welches am 5. April von Bremen und am 8. April von Southampton abgegangen war, ist gestern wohlbehalten hier angekommen.

(Beilage.)

Bekanntmachung.

In dem heutigen zur Ausloosung von 5% auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 26. November 1870 ausgegebenen Kreis-Obligationen im Beisein eines Notars abgehaltenen Termine sind planmäßig nachstehende Obligationen zur Tilgung im Jahre 1876 ausgeloost worden:

Litt. C. über 50 Thlr. Nr. 263, 266, 288, 290, 291, 292, 297, 307, 310, 323, 359, 390, 396, 409, 410, 420, 431, 437, 439, 449, 450.

Diese Obligationen werden hierdurch den Inhabern mit der Aufforderung gekündigt, die Kapitalbeträge am 1 Juli 1876 bei der Kreis-Kommunalkasse zu Birnbaum gegen Rückgabe der Obligationen und der dazu gehörigen Talons sowie der Zinscoupons Serie II. Nr. 4 bis 10 in Empfang zu nehmen.

Für etwa fehlende unentgeltlich abzuführende Coupons werden die Zinsbeträge vom Kapitale gekürzt werden.

Birnbaum, den 18. Dezember 1875.

Der Landrath
und die Kreisständische Finanz-Commission des Birnbaumer Kreises.

Handels-Register.

Es ist eingetragen:

1. in unser Firmen-Register bei Nr. 1645 in Kolonne 6:
   Der als Inhaber der Firma **M. L. Friedmann** hierselbst eingetragene Kaufmann **Max Kobliner** zu Posen heißt mit Vornamen nicht **Max** sondern **Meyer**;
2. in unser Handels-Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Nr. 464, daß der Kaufmann **Meyer Kobliner** zu Posen für seine Ehe mit **Cäcilie Oppenheim** aus Birnbaum durch Vertrag vom 22. Februar 1876 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat;

zufolge Verfügung vom 15. April 1876 am heutigen Tage.

Posen, den 15 April 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Der auf **den 1. Mai 1876** anberaumte Bietungs-Termin in der nothwendigen Subhastation des Ritterguts **Chytrowo** wird hiermit aufgehoben.

Die Bekanntmachung des anderweit zu verfügenden Bietungstermins bleibt vorbehalten.

Schrimm, den 20 April. 1876.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.

Auf dem Schuletablissement zu Modrze soll eine kleine Scheune sofort erbaut werden, deren Kosten auf 885 M. 96 Pfg. veranschlagt worden sind. Zur Vergebung dieses Baues an den Mindestfordernden habe ich einen Termin auf den

5. Mai cr.
Vormittags 10 Uhr,

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem Unternehmer hierdurch eingeladen werden.

Stenschewo, den 21. April 1876.

Der Distrikts-Kommissarius.
Pfeiffer.

Am 24. April d. J. eröffnen wir **eine zweite Anstalt** in dem linken Hofgebäude des vormals **Bischof**'schen Hauses, **Mühlenstraße Nr. 39** Die Annahme von Kindern erfolgt durch die Lehrerin in den Räumen dieser Anstalt vom 24 April ab, des Vormittags um 8 Uhr.

Das Kuratorium
der deutschen
Kleinkinderbewahranstalt.

Oberschlesische Eisenbahn.

Vom 20. April cr. ab, tritt zunächst auf die Dauer von 3 Monaten, und von da ab unter Vorbehalt des Widerrufs mit sechswöchentlicher Kündigungsfrist ein Spezial-Tarif für Schwellensendungen von Gnesen und Posen nach Altenburg via Görlitz-Dresden in Kraft. Näheres ist bei den genannten Güterexpeditionen zu erfahren.

Breslau, den 19. April 1876.

Königliche Direktion.

Auktion.

Montag, den 24 d., früh 10 Uhr werde ich St. Martin neben Grätz's Hotel ein Komtoir, 2 Bretterschuppen und 170' Bretterzaun zum Abbruch gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Zindler,
königl. Auktionskommissarius.

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Lissa,
I. Abtheilung.

Lissa, den 19. April 1876,
Nachmittags 4 Uhr.

Ueber das Vermögen des Handelsmanns **Meyer Schlesinger** zu **Lissa** in Posen ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 15. April 1876 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Herr **J. Jakubowski** bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 2. Mai d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissarius Herrn Kreis-Gerichts-Rath Dr Rakowski anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, Nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

2. Juni 1876 einschließlich

dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

30. Mai 1876 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen

den 13. Juni 1876,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem obengenannten Kommissar zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Gerichtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte Justiz-Rath Pohle und Schatz zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Zum Mitteldeutsch-Schlesischen Verbandtarif vom 15. Februar 1874 ist ein Nachtrag XIX. mit anderweiten theilweise ermäßigten Frachtsätzen für Sprit- und Branntweinsendungen in Kraft getreten.

Druckexemplare sind bei hiesiger Stationskasse sowie auf allen Verbandstationen zu haben.

Breslau, den 12. April 1876.

Direction der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.
Directorium
der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.
Königliche Direction
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Nachlaß-Auktion.

Mittwoch den 26. d. früh von 9 Uhr ab, werde ich Gr. Gerberstraße 54 im Hinterhause zwei Treppen, Kleiderspinde, Servanten, Kommoden, Tische, Stühle, Spiegel, Bettstellen mit Matratzen, feine Tisch- und andere Wäsche, Betten, Silber- und Kupfer-Sachen, Haus- und Küchengeräth und 1 Flügel 2c. gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Zindler,
Königl. Auktionskommissarius.

Gerichtliche Auktion.

Am 27. April d. J., Vormittags 9 Uhr, sollen an hiesiger Gerichtsstelle die Bestände eines Modenwaarenlagers als:

seidene Bänder, Gazen, Tülls, Sammet, Schürzen, Strohhüte, Weißwaaren u dergleichen mehr

öffentlich meistbietend verkauft werden.

Lissa, den 18. April 1876.

Der Auktions-Kommissarius.

Gerichtliche Auktion.

Montag, den 24. d. früh 11 Uhr. werde ich Friedrichsstraße Nr. 30 1 Billard, 3 Sophas 2 Tische mit Marmorplatte und 8 Wienerstühle gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Zindler,
königl Auktionskommissarius.

Gerichtliche Auktion.

Am 1. Mai d. J., früh 9 Uhr, sollen an hiesiger Gerichtsstelle verschiedene

echte, schwarze u. couleurte Sammete, diverse Battiste, Mulls und Crêpes

aus einem Modewaarenlager meistbietend verkauft werden.

Lissa, den 19 April 1876.

Der Auktions-Kommissarius.

Gutstausch-Gesuch.

Ein zu allen Zeiten gut und sicher rentirendes Fabrikwesen, welches sich auch gut verpachten läßt, in einer lebhaften Handelsstadt Norddeutschlands an Bahnen und schiffb. Flusse belegen, im Werthe von 90,000 Thlr. mit 48,000 Thlr. Hypotheken, soll gegen ein Gut vertauscht werden, da Besitzer aus Gesundheits-Rücksichten auf dem Lande wohnen will. Das Gut muß guten ertragsfähigen Boden, gute Gebäude und vollständ. Inventar haben nnd nicht in Ostpreusten oder im östlichen Westpreußen liegen.

Agenten verbeten. Offerten mit genauer Beschreibung nimmt die Annoncen-Expedition **„Invalidendank" Berlin**, Markgrafenstr. 51a., sub **L. B. 980** entgegen.

Meine in Thorn belegenen Stadtmühlen-Grundstücke beabsichtige ich Krankheits halber zu verkaufen oder zu verpachten.

Die Grundstücke sind folgende:

1) die altstädtische Mühle mit 4 amerikanischen Mehlgängen;
2) die große Schloßmühle mit 3 amerikanischen Mahl- und 2 holländischen Graupengängen;
3) die kleine Schloßmühle, jetzt Schneidemühle;
4) die Brodfabrik mit 4 Backöfen auf der Schloßmühle.

Die Triebwerke ad 1—3 werden durch 4 oberschl. Wasserräder und einer Hülfs-Dampfmaschine getrieben und leiden durch Hochwasser der Weichsel keine Störung. Eine herrschaftliche Wohnung und Garten ist auf der Schloßmühle.

Die Mühlen sind die alleinigen in der Stadt, und können 2500 Tonnen Getreide, die Brodfabrik ca. 10,000 Ctr. Mehl pro anno verarbeiten, und ist mit Rücksicht der günstigen Lage das Geschäft sicher und rentabel. Anzahlung 15,000 Thlr. Hypotheken fest. Pächter muß zur Uebernahme und zum Betriebe 10,000 Thlr. disponibel besitzen.

J. Kohnert.



Für Gutskäufer.

Eine große Auswahl in der Provinz **Posen** günstig belegener **Güter**, jeder beliebigen Größe, weist zum preiswerthen Ankaufe nach

Gerson Jarecki,
Magazinstraße 15 in **Posen.**

Ein Grundstück,

Mitte der Stadt Bromberg gelegen, mit sehr frequenter Restauration und großem Garten, worin sich eine Kegelbahn befindet, ist för den Preis von 6000 Thalern bei mäßiger Anzahlung zu verkaufen. — Selbstkäufer, aber nur solche erfahren das **Nähere** bei dem Annoncen-Agentur-Büreau von **Rudolff Mosse**, (Herm. Hirschfeld) **Bromberg**, Friedrichstr. 65.

Das Dominium **Nielengowo** verpachtet am 15. Mai 6 bis 700 Morgen Wiesen in Parzellen nicht unter 10 Morgen auf 1 bis 5 Jahre. Die Bedingungen sind vom 1. Mai ab bei dem dortigen Wirthschaftsamte zu erfahren.

Tarnowo b. Czempin.
Lorenz.

Piano's stimmt und rep. **Lenzsch**, Sapiehaplatz 3 h. i. H. 1 Tr. l.

The Singer Manufacturing Co.,

New-York,
grösste Nähmaschinen-Fabrik der Welt,
verkaufte bereits
über 1,500,000 Nähmaschinen,
deren Güte und Vorzüge durch obigen großen Absatz und durch mehr als
120 Ehrenpreise
auf das Glänzendste anerkannt sind.

Erwiederung.

In Nr. 271 d. Ztg. nehmen die Herren **Seidel & Naumann** Veranlassung, für ihren Agenten, Herrn **Emil Mattheus** in die Schranken zu treten und bedienen sich derselben Mittel, wie dieser, indem sie sich nicht entblöden, **durch Verdächtigungen des Ursprungs der Original-Singer-Maschinen das Publikum zu düpiren.** Denn was die von den Genannten angeführte Behauptung betrifft, daß „fast" alle von mir in Deutschland, Oesterreich 2c. verkauften Maschinen aus der Glasgower Fabrik der **Singer Manufacturing Co.** herrühren, obgleich die officellen Hamburger Einfuhrlisten das Gegentheil beweisen, so ist dieses eine ebenso **wieder besseres Wissen vorgebrachte Unwahrheit** wie die Behauptung, daß Glasgower Frachtbriefe irgendwo ausgehängt gewesen sind, oder daß Gestelle oder Tische zu den Maschinen hier oder sonstwo im Inlande angefertigt werden.

Die Hamb. Einfuhrlisten werden nicht nach Deklarationen der Empfänger, sondern nach den Manifesten der Schiffe geführt und genügt ein einziger Blick in dieselben, um sich von der **Unwahrheit der Seidel & Naumann'schen Behauptung** zu überzeugen; ferner ist weder von Newyork noch von Glasgow jemals eine direkte Sendung nach Deutschland oder Oesterreich, außer nach Hamburg gemacht worden, weshalb auch keine Frachtbriefe darüber existiren können, und Gestelle oder Tische habe ich noch nie anfertigen lassen, denn selbst das Holz zu den Verschlußkasten liefert die **Singer Co.** fertig geschnitten aus ihrer Fabrik zu South Bend, Indiana.

Was nun das Cliché der Herren **Seidel & Naumann** betrifft, so wird jeder Laie auf den ersten Blick sehen, daß es dem meinigen, schon seit Jahren geführten, nur mit geringen Aenderungen nachgemacht ist, was doch wohl keinen anderin Zweck haben dürfte **als für das Fabrikat der Genannten das Renommée der Original-Singer-Maschinen zu benutzen,** die Güte der Letzteren wird aber durch die nachgemachten Maschinen schwerlich verringert werden, besonders wenn es solcher Mittel bedarf, um die letzteren zu empfehlen, denn selbst, wenn alle von mir in Deutschland verkauften Maschinen aus der Fabrik der **Singer Manufacturing Co.** zu Glasgow herrühren, so hätten ja eben **diese Maschinen** sich durch ihre Güte das außerordentliche Renommée verschafft, welches sie überall genießen und das die meisten inländischen Fabrikanten veranlaßt hat, dieses System nachzumachen.

Auf die Anmerkung des Herrn **Emil Mattheus** habe nur zu erwiedern, daß derselbe allerdings im Jahre 1868 eine Familien-Nähmaschine zum Preise von Thlr. 67 kaufte, **er hat aber wohl nicht ohne Absicht in seiner vorigen Annonce zu erwähnen vergessen, daß dieselbe mit einem Verschlußkasten zu Thlr. 5 versehen war,** auf seine Wiederholung jedoch, daß eine Preisliste der Singer Manufact. Co., New-York, eine derartige Maschine mit Lstr. 6. 27 aufführt, bedaure ich, nochmals dieselbe Bezeichnung, wie früher, anwenden zu müssen, denn erstens giebt es keinen solchen Betrag in irgend einem Preiscourant der Welt — man könnte ebenso gut Thlr. 6 37 Sgr. sagen — und zweitens hat die Singer Co., New-York, noch nie ihre Preise in Lstr. ausgeworfen, sondern stets in Dollars.

G. Neidlinger, Hamburg,
General-Agent der Singer Manufacturing Co., New-York.
Filiale: Posen, Wilhelmsstr. 25.

Hagel-Versicherungsbank für Deutschland von 1867 in Berlin.

Prämienbeiträge { im Jahre 1874 für 100 M. Versicherungssumme **nur** $66\frac{1}{2}$ **Pf.**
" " 1875 " " " " $88\frac{1}{2}$ "

Prämienrabatt { von 25 pCt. erhalten diejenigen, welche geneigt sind, eine Selbstversicherung von 2 pCt. zu übernehmen und damit auf den Ersatz sogenannter kleiner Schäden zu verzichten.

Die **Entschädigungspflicht** der Gesellschaft geht bis zu $1/15$, sie entschädigt also **mehr,** als die meisten der concurrirenden Gesellschaften. **Liberale Bedingungen,** gerechte und sachgemäße Abschätzung in Schadenfällen durch Bezirksdeputirte, möglichst aus der Zahl der **Mitglieder.**

Zu jeder gewünschten Auskunft, sowie zur Vermittelung resp. zum Abschluß von Versicherungen sind die unterzeichnete Generalagentur sowie die Haupt- und Spezial-Agenten der Gesellschaft gern bereit.

Posen, im April 1876.

Die General-Agentur.
Eugen Kraehahn.

Herrmann Hirschfeld, Hauptagent in Bromberg.

Schultze & Winnemer in **Bromberg,**	Kantor **Hentschel** in **Storchnest,**
Taxator **Górski** in **Kosten,**	Kaufmann **Isidor Spiro** in **Kurnik,**
Lehrer **Zinske** in **Kopaszyn,**	" **C. A. Maschanke** in **Meseritz,**
" **Ciestelski** in **Samter,**	" **Samuel Abraham** in **Dolzig,**
Agent **G. Malchow** in **Lissa,**	" **Saul Bärwald** in **Schroda,**
Kaufmann **J. Broedemann** in **Birnbaum,**	Kantor **Leutke** in **Schwerin a. W.,**
Rentier **Roll** in **Ladenberg,**	Kaufmann **Wilhelm Bock** in **Fraustadt,**
Lehrer **Arndt** in **Mnichowo,**	" **E. Samberger** in **Nakel.**

Geschäfts-Verkauf.

Zum 1. Juli d. J. event. auch früher ist ein seit Jahren flott bestehendes

Putz- und Weißwaaren-Geschäft

mit bester Kundschaft, in einer großen Provinzialstadt Schlesiens, unter den günstigsten Bedingungen Familienverhältnisse halber zu verkaufen. Näheres auf gefällige Anfragen sub L. M. 22 an das Zentral-Annoncen-Bureau in Breslau, Carlsstraße 1.

Ein Gasthaus u. Stall, massiv, nebst Garten ist billig zu verkaufen. Näh. bei **Pickel**, Posen, Gr. Gerberstr. 17.

Ein **Garten** ist Grabenstraße 18 billig zu verpachten.

Mein in Schwiebus, Halbe Stadt- u. Neuestraßen-Ecke belegener

Laden,

mit Materialwaaren-Geschäft und Destillation,

ist per 1. Juli c. unter günstigen Bedingungen zu übernehmen.

Karl Kauschke
in Schwiebus.

Bier-Depôt

mit Pferden, Wagen, Kisten, Flaschen und sämmtl. Utensilien ist Geschäftsveränderungshalber sofort unter höchst günstigen Bedingungen zu übernehmen. Näheres bei

Güttler u. Dalkowski,
Central Bureau Bismarckstr. 1.

Geld

zur ersten Stelle auf ein ländliches u. städtisches Grundstück wird zu 7 bis 8 Prozent verlangt von

Güttler u. Dalkowski,
Central-Bureau Bismarckstr. 1.

Es sind mehrere Hundert Thaler an Offiziere, wie an höhere Beamte sofort unter günstigen Bedingungen zu vergeben. Off. sub **S. P.** Exp. d. Ztg.

Dr. Ulrich für Syphilis und sämmtliche Geschlechtskrankheiten. **Berlin.** Oranienstraße 42. Briefliche Behandlung.

Syphilis, Geschl.- u. Hautkrankh. Schwächezust. (Pollut.) heilt mit sicherem Erfolge auch brieflich Dr. Holzmann, Kl. Gerberstr. 6 pt.

Schmerzlose Zahnextractionen
verm. Nitro-Oxygen (Lachgas; Erfahrung von über 800 Narkosen), künstl. Zähne, Plombiren in Gold u. Compos.
Zahnarzt **C. Maliachow** jun.
Posen, Friedrichsstr. Nr. 12.

Auch brieflich
werden in 3-4 Tagen Syphilis u. Hautkrankh. gründl. geh. d. Spezialarzt Dr. Meyer, Berlin, Taubenstrasse 36.

Rudolf Mosse

Centralbureau: Berlin,
in Posen,
vertreten durch Herren
G. Fritsch & Co.,
Mühlenstraße,

steht mit **allen hervorragenden** Zeitungen Deutschlands und des Auslandes in intimer Geschäftsverbindung, gewährt bei größeren Aufträgen bekanntlich

die höchsten Rabatte

und empfiehlt **unparteiisch** nur die für die verschiedenen Zwecke

bestgeeigneten Zeitungen,

ertheilt auf Grund langjähriger Erfahrung **bewährten Rath** in Insertions-Angelegenheiten und sorgt durch gewandte Federn für die **zweckentsprechendste Abfassung** von **Annoncen** und **Reclame-Artikeln.** Zeitungs-Preis-Courante werden **gratis** verabfolgt.

Selbstverständlich werden nur die Preise in Anrechnung gebracht, welche die Zeitungen selbst tarifmäßig fordern.

Insbesondere werden für die folgenden 5, unter meiner **alleinigen** Administration stehenden, **hervorragenden** Insertions-Organe:

„Kladderadatsch"
„Berliner Tageblatt"
(Auflage 37,500)
„Militair-Wochenblatt"
„Fliegende Blätter"
„Süddeutsche Presse"
ferner auch für die
„Kölnische Zeitung"
„Post"
Aufträge unter den **günstigsten** Conditionen entgegen genommen.

Fröbel'scher Kindergarten

mit

höherer Töchterschule,
Wilhelmsplatz 16, I. Etage
(Müldauer).

Die Spielbeschäftigungen in meinem Kindergarten für kleine Knaben und Mädchen von 3–6 Jahren, sowie der Unterricht in meiner Töchterschule beginnen wieder

Montag, den 24. April.

Anmeldungen hierzu, wie auch zur Aufnahme von Pensionärinnen und Halbpensionärinnen nimmt entgegen

Friederike Aarons.
Posen, d. 13. April 1876. [W. 471.]

Von heute ab werden Dampfbäder nur Dienstag, Donnerstag und Sonnabend verabreicht Badegasse 2.
Fr. W. Dorn.

Ein studirter **Lehrer** wünscht Unterricht an einer Anstalt oder an Privatschüler zu ertheilen. — Zu erfragen Halbdorfstr 22, 3 Tr. rechts.

Ein Obersecundaner, (Gymnasiast), wünscht Stunde zu geben. Offerten unter **S. E.** postlagernd Posen erbeten.

Bei meinem Umzuge von der Bäcker- nach der Schuhmacherstraße 12, im vormals Löngeschen Grundstücke, empfehle ich meinen hochgeehrten Kunden und Gönnern mein wieder mit den neuesten Mustern versehenes **Ofenlager.**

Ed. Wolschke,
Töpfermeister,
Schuhmacherstraße Nr. 12.

Holzverkauf.

Donnerstag, d. 27. d. M.
Vormittags 10 Uhr, sollen auf dem Forstetablissement **Papiermühle** bei Obersitzko an der Warthe (Bahnstationen Wronke und Samter) circa 300 Schock Bohlen u. Bretter von alten feinjährigen Kiefern aus den Forsten des Majorats Obersitzko unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden.

Im Termin ist 1/4 des Angeldes zu erlegen.

Grünberg bei Obersitzko,
20. April 1876.

Gräflich Raczynski'sches Forstamt.

Prima
Rügener Schlemmkreide
empfing und offerirt billigst
J. Blumenthal.

Saatwicken,

beste graue und weiße, **Lupinen** weiße u. gelbe, **Pferdebohnen,** wie auch

amerik. Mais

empfiehlt billigst [W. 475.]
L. Kunkel.

Kleesaaten,

weiß, schwedisch und **Wundklee**, echt Provencer **Luzerne**, englisch, italienisch, sowie französisch **Rheygras**, **Thymothée, Mais Sommerrübsen, Dotter**, Rigaer **Leinsaat**, sowie alle Sorten **Runkeln** u. **Möhren** und sonstige **Feld-, Gras-, Gemüse-** u. **Blumen-Sämereien** empfiehlt in zuverlässiger Qualität bei **billiger** Notirung Die Samenhandlung

H. Auerbach,
19. Breitestraße 19.

Wundklee,
Sand-Luzernen,
Amer. Pferdezahn-Mais
alle anderen Arten Klee-, Gras-, Wald-, Gemüse-, Blumensamen, Stauden- und Knollengewächse. Katalog gratis.
Gebrüder Auerbach.

Für Damen!
Beinlängen, Strümpfe,
Estremadura-Baumwolle
Corsettes, Schürzen,
sowie sämmtliche Kurzwaaren-Artikel zu billigsten Preisen bei
Wilh. Neuländer,
Markt 60, Ecke der Breslauerstr.

Preismedaille **London** 1862. — Fortschrittsmedaille **Wien** 1873. — Preismedaille **Paris** 1867.

W. Spindler.

Färberei, Druckerei und Reinigungs-Anstalt
für Herren- und Damen-Garderobe.
Berlin, Wall Straße 11–13.
Annahme für **Gostyn und Umgegend** bei **J. Schlesinger.**

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft.

Directe Post-Dampfschifffahrt zwischen

Hamburg und **New-York,**

Hâvre anlaufend, vermittelst der prachtvollen deutschen Post-Dampfschiffe:

Wieland	26. April	*Hammonia*	10. Mai	*Pommerania*	24. Mai
Frisia	3. Mai	*Gellert*	17. Mai	*Suevia*	31. Mai

und weiter regelmäßig **jeden Mittwoch.**

Passagepreise: I. Cajüte M. **500**, II. Cajüte M. **300**, Zwischendeck M. **120**.

Für die **Weltausstellung** in **Philadelphia** werden Billets für die Hin- und Herreise ausgegeben.

Zwischen **Hamburg** und **Westindien,**

Hâvre, event. auch **Grimsby** anlauf, nach **verschied. Häfen Westindiens u. Westküste Amerikas,**
Franconia 27. April | *Saxonia* 13. Mai | *Rhenania* 27. Mai
und weiter regelmäßig am **13.** und **27. jeden Monats.**

Nähere Auskunft wegen Fracht und Passage ertheilt der Generalbevollmächtigte

August Bolten, Wm. Miller's Nachfg. in HAMBURG
Admiralitätstraße 33/34. (Telegramm-Adresse: **Bolten.** Hamburg.)

sowie der conceff. General-Agent **Wilhelm Mahler** in Berlin, Invalidenstr. 121/80; **E. Haubuß** in Stettin, Haupt-Agent; **S. Ludwig** in Gnesen; **Gebr. Jakubowski** in Poln.-Lissa; **Isidor Spiro** in Kurnik; **Abr. Kantorowicz** in Wreschen; **Julius Geballe** in Rogasen; **Salomon Eisner** in Kempen; **Moritz Pelz** in Schubin, **Nathan Kleczewer** in Wongrowitz und **L. Kletschoff** in Posen, Krämerstraße 1.

Norddeutscher Lloyd.

Directe Deutsche Postdampfschifffahrt

von **BREMEN** nach **AMERIKA.**



nach **Newyork:**	nach **Baltimore:**	nach **New-Orleans:**
jeden Sonnabend.	3. Mai. 17. Mai. 31. Mai.	v. Sept. bis Mai 1- od. 2mal monatlich
I. Caj. **500** M., II. Caj. **300** M.	Cajüte **400** M.	Cajüte **630** M.
Zwischendeck **120** M.	Zwischendeck **120** M.	Zwischendeck **150** M.

Zur Ertheilung von Passagescheinen zu Originalpreisen für die Dampfer des Norddeutschen Lloyd, sowie für diejenigen jeder anderen Linie zwischen Europa und Amerika sind bevollmächtigt **Johanning & Behmer**, Berlin, Louisenplatz 7. — Nähere Auskunft ertheilen die Agenten **Joseph Fränkel**, Posen, Friedrichsstr. 10, 2. Etage; **Jonas Alexander**, Rogasen.

Soolbad Königsdorff-Jastrzemb.

Beginn der Saison 15. Mai.

Nächste Bahnstationen: Petrowitz, k. k. Ferd. Nordbahn, Czernitz u. Rybnik, Oberschlesische Eisenbahn. Näheres durch

die Bade-Inspektion.

Bad Cudowa.

Eröffnung der Saison am 15. Mai;
Schluß 30. September.

Alte berühmte alcalische Stahlquelle von reichstem kohlensauren Gehalt (Champagner-Bäder deshalb genannt) im nordwestlichen Theile der Grafschaft Glatz an der böhmischen Grenze, 1235 Fuß über der Ostsee, conkurrirt mit Pyrmont, Schwalbach, Franzensbad. Kohlensaure Eisen-, Eisen-Gas-, Eisenmoor-, russische Dampf-, gewöhnliche Wasser-Bäder und alle Arten von Douchen, Trink- und Molken-Kuren; Nord- und Ostwind freie, milde ozonreiche Gebirgsluft; Ort und Umgegend lieblich, reich an Naturschönheiten.

Gasthöfe: Neues Kur-Hotel

mit Kur-Saal, Lese-, Billard-, Musik- u. Fremden-Zimmer; Stern, Sonne, Waidmannsruh, Neue Welt, Paulinenhof. Beste Logirhäuser: Kur-Hotel, Marienbad, Schloß, Theresen-Villa, Friedrichshof, Waidmannsruh, Elisen-Hof, Mariannenhaus, Emilien-Villa.

Post- und Telegraphen-Station. Nächste Eisenbahn-Station: Stadt-Nachod, 30 Minuten von Cudowa. Eisenbahnstation Glatz per Post 5 Stunden von Cudowa. Von Berlin über Frankfurt a/O. oder Görlitz (von Dresden über Görlitz, Lauban), Kohlfurt, Ruhbank, Liebau, Nachod in 10–11 Stunden in Cudowa; von Breslau, Liegnitz, Glogau über Altwasser, Liebau, Nachod, zweimal täglich in 7–8 Stunden; von Prag über Pardubitz, Josephstadt, Nachod; von Wien über Brünn, Chotzen, Nachod in 10 Stunden.

Badeärzte: Sanitätsrath **Dr. Scholz** und **Dr. Jacob.**
Die Versendung des Mineralwassers hat begonnen.

Die Bade-Direction.
v. Veith.

Bad Liebenstein.

Werra-Eisenbahn, Station Immelborn, Eröffnung der Hotels 15. Mai, der Bäder 1. Juni. Mineral- (Stahl-, Sool-, Eisensool-) Bäder, Fichtennadelbäder, Molkenkur (Ziegenmolken, Milchkuren.) **Wasserheilanstalt** Klimatischer Kurort. In der Mitte der Saison täglich Konzerte, sowie Vorstellungen des Herzogl. Hoftheaters aus Meiningen. Aerzte Medizinalrath **Dr. Döbner, Dr. Siebert.** Logisbestellungen vermittelt

Die Direktion des Bades.

Besitzern größerer Torflager,

welche ihren Torf rationell auszunützen wünschen, offerire ich zur miethweisen Benutzung unter zeitgemäßen Bedingungen meinen Apparat zur Herstellung von **Preßtorf** mittelst Dampfbetriebs mit allem Zubehör. Auch stelle ich den technischen Leiter.

Posen, Halbdorfstraße 22. **H. v. Stern.**

Beste Saatwicken, Saathafer, blaue, gelbe und weiße Lupinen offerirt billigst
Arnold Lichtenstein,
Breitestraße Nr. 20.

Auf dem **Dom. Ludom** steht ein blauer **Windhund** (Hündin, engl. Race, vorzüglich zur Zucht geeignet) zum Verkauf. **Preis** 2 Dpp.-Kr.

Sonnenschirme,
Promenadenfächer
in großer Auswahl bei
Wilh. Neuländer,
Markt 60, Ecke der Breslauerstr.

Die **billigsten** Zöpfe, Chignons, Locken, Herren- und Damen-Touren in **naturgetreuer** Arbeit das Neueste und Schönste liefern

R. Buchholz & Co,
Theaterfriseure,
Berlinerstr 32 und Wasserstr. 13.

Fabrik für Frisirwolle à Mk. 4,25 u. 5,00, Wollflechten Dzd. P. 4,00.
Toupets, Dzd. P. 100, 2,00, 4,00, Haarnadeln à M. 9,60, 0,75, mit weissen
Spitzen 1,00, Wheeler-Wilson-Nähmaschinen 90,00.

C. Siebe,
Berlin SW,
Friedrichsstrasse 49a.

Wolljackdrilliche,
Wollzüchen,
Wollkasten,
Getreidesäcke,
Mehlsäcke,
Markisendrilliche,
Markisenleinen,
empfiehlt in den gangbarsten Qualitäten billigst
L. Brodnitz,
Markt 47.

Meinen werthen Kunden zeige hiermit an, daß ich nach wie vor Bestellungen jeder Art entgegennehme und bitte um hochgeneigte Aufträge.
A. Dzierzkiewicz,
Schuhmachermeister,
Wilhelmsplatz 10.

Sonnenschirme,

geschmackvollster und größter Auswahl, **am allerbilligsten** bei
Gebr. Korach,
Markt 40.

Wegen Aufgabe des Detail-Geschäftes,
verkaufe ich die noch vorhandenen großen Vorräthe meiner **Damen-** und **Kinderschuhe** sowie **Herren-** und **Knabenstulpenstiefel-Fabrikate** zu billigsten Engros-Preisen.
Wolfsohn's Bazar.
Breitestraße 1.

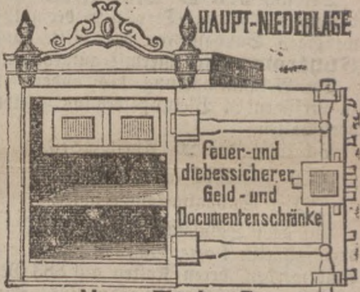
Eine neue Sendung von fertigen eleganten **Roben** sind wieder eingetroffen. Auch eine neue Sendung in **Sammet-Paletots** und **Seide** sind eingetroffen bei
Johanna Slomowska,
Wilhelmsstraße Nr. 24.

Eine große Auswahl von
Frühjahrs- und Sommer-Hüten
der neuesten Formen zu sehr billigen Preisen empfiehlt
A. Kuroka,
Neuestr. 3, 2 Tr.

Ich empfehle zur Frühjahrs u. Sommer-Saison mein anerkannt großes Lager in Damen-, Herren- und Kinder-Stiefeln u. s. w.
J. Przychodzke,
St. Martin Nr. 1.

Neu in Posen!
Mein **Galanterie- und Holzwaaren-Lager** empfehle ich dem geehrten Publikum.
Otto Karbe, Gr. Gerberstraße 13.

Billard-Tuche
in bester Qualität ca. 190 Ctm. breit, von 7 Mark per Elle an, empfiehlt die
Tuchhandlung
von
Landsberg & Kornicker,
Markt- u. Wasserstr.-Ecke 52.



Neueste
Meßapparate für Essig, Spiritus, Branntwein 2c., gefertigt aus bestem slavonischem Eichenholz mit **geaichtem** Meßzylinder, mittelst welche man ohne Anwendung von Maaß u. Trichter jedes beliebige Quantum verabreichen kann, empfiehlt
Moritz Tuch,
Posen, Breitestraße 18b.
NB. Bei diesen Apparaten ist dafür Vorsorge getroffen, daß die ätzenden Flüssigkeiten dieselbe nicht angreifen! ! ! D. O.

Matratzen, Keilkissen, Lederkissen, Schultaschen, Koffer, solide und billigst, empfiehlt
J. Latz, Sattlermeister,
Markt 10.

Für Kegelbahnen!!
empfehle mein großes Lager von fertigen wunderschönen Kegelkugeln und Kegeln zu Fabrikpreisen.
Caesar Mann,
Drechslermeister,
Friedrichsstraße 10,
im Hause Telegraphenbureau.

Tapeten

und Rouleaux, größter Auswahl, am **allerbilligsten** bei
Gebr. Korach,
40, Markt 40.

Gesucht
eine gebrauchte Lokomobile, event. auch mit Dreschmaschine. Offerten unter G. K. befördert d. Exped. d. Ztg.

Einige Satz noch gut erhaltene Fenster mit Messingbeschlag und ein neues eisernes Fenster, 8–9' hoch, 4–3' breit, sind Berlinerstr. 5 billig zu verkaufen.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner ältesten Tochter **Melanie** mit dem Mittelschullehrer Herrn **Richard Grotrian** in Posen, zeige ich hiermit allen Freunden und Bekannten ergebenst an.
Cwierdzin b. Witkowo, im April 1876.
Frau Gutsbesitzer **Schmied.**

Die Verlobung meiner Tochter **Anna**, mit meinem Neffen dem Kaufmann **Ernst Goeldner** in Essen an der Ruhr, beehre ich mich meinen Freunden und Bekannten ergebenst anzuzeigen.
Carl Herrmann, Besitzer von Sokolniki.

Heute Morgens $\frac{1}{2}7$ Uhr ist meine liebe Frau **Emilie** geb. **Stoebe,** von einem muntern Knaben glücklich entbunden worden.
Kostrzyn, 22. April 1876.
Kosmowski.
Königl. Distrikts-Kommissarius und Bürgermeister.

Heute Morgen 5 Uhr entriß uns der Tod nach achttägigem schweren Leiden meine liebe Frau **Anna Specht** geb. **Walther.**
Die tiefbetr. Hinterbliebenen
Posen, den 22. April 1876.
Gustav Specht, Bäckermeister.
Die Beerdigung findet Montag, den 24. April, Nachmittags 3 Uhr, vom Leichenhause Haldbdorfstraße aus statt.

Am 21. April entriß mir der unerbittliche Tod meine geliebte Ehegattin, **Emilie Preuß,** geb. **Puhl**, welche mir in meinen langjährigen Körperleiden eine treue und unermüdliche Pflegerin gewesen ist. Dies zeige ich tief betrübt Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung hiermit ergebenst an, und bitte um stille Theilnahme.
Die Beerdigung findet Montag, den 24. April, Nachmittag um 5 Uhr, auf dem Pauli-Kirchhofe vom Leichenhause aus statt.
Posen, den 22. April 1876.
A. Preuß, Secretair.

Danksagung.

Die allseitige Theilnahme, die meinem seligen, unvergeßlichen Bruder, dem Pfarrer **Pawłowski** in Lubowiec, sowohl während der langen Krankheit, als auch bei Beerdigung seiner irdischen Hülle erwiesen wurde, verpflichtet mich allen, von den Spitzen der Kreis-Behörden, als auch dessen Nachbaren, namentlich aber dem Vertreter Ihrer Durchlaucht, der Frau Fürsten-Patronin, Herrn Kammer-Direktor Czekruski, der dem Verblichenen auch in den letzten Lebenstunden freundschaftlichen Trost brachte, meinen tiefgefühlten und innigsten Dank auszusprechen.
Joseph Pawłowski.

Gestern starb unsere Tochter **Elsbeth Weigt,** im Alter von 10 Monaten an Zahnkrämpfen.
R. Weigt nebst Frau
Die Beerdigung findet Montag, Nachmittags um 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Am 16. d. M. verstarb zu Meran nach längerem Leiden unser geliebter ältester Sohn
Joseph,
stud. jur,
was wir tiefbetrübt anzeigen. Die Beerdigung findet hierselbst Sonntag den 23. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von dem an der Breslauer Chaussee gelegenen alten Bahnhof der Märkisch-Posener Bahn aus statt.
Posen, d. 22. April 1876.
Louis Jaffé und Frau.

Nachruf!

Der Stadtälteste, Herr **Moritz Mamroth,** der am 12. April zu Dresden verstorben, hat seit Begründung der Waisenknaben-Anstalt im Jahre 1836 bis 1871 der unterzeichneten Direktion und bis zu seinem Ableben der Anstalt als beitragendes Mitglied unausgesetzt angehört. Wir erfüllen daher nur einen Akt der Pietät, wenn wir der Verdienste ehrend gedenken, welche er sich in dieser seiner Amtseigenschaft um die Anstalt erworben. Trotz der zahlreichen Ehrenämter, welche seine Zeit und Kraft in Anspruch nahmen, hat er jederzeit einen rüstigen Eifer und eine thätige Theilnahme für die Interessen derselben entwickelt. Den Waisen war er ein väterlicher Freund, den Amtskollegen ein treuer Berather. Ehre seinem Andenken und Friede seiner Asche!
Posen, den 20. April 1876.
Die Direktion der israel. Waisenknaben-Anstalt.

Allen Freunden und Bekannten rufen wir bei unserer Abreise nach Steglitz ein herzliches Lebewohl zu.
Posen, 22. April 1876.
Gustav Lönge.
Martha Lönge geb. Wegner.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Luise Tavernier mit Predigtamts Kandidaten Rud. Heintze in Schneidershof bei Strasburg U.-M. Frl. Therese Hubbe mit Rittergutsbesitzer G. v. d. Knesebeck in Magdeburg und Langenapel. Frl. Johanna von Bernuth mit Hrn. F. Günther in Bowowo und Posen. Frl. Marie Winkelmann mit Rechtsanwalt Middendorf in Münster und Oelde. Frl. Pauline Scharpenberg mit Lieutenant Eduard Börner in Warendorf und Recklinghausen. Frl. Louise Limberg mit Stations-Vorsteher Ruppin in Kalau.
Verehelicht: Hauptmann Meyer mit Frl. Gertrud von der Groeben in Berlin. Herr Dr. Friedrich Heyden mit Frl. Anna Berg in Endenich und Bonn. Kreisrichter Wolff mit Frl. Louise Schmidt in Neumarkt. Geh. Regierungsrath Eppendorff mit Frl. Louise Rosalie Eckensberger in Dresden.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.